

TRANSMISSION 01

Zwischen Illusion und Verheißung:
Soziale Mobilität in Deutschland

MIT BEITRÄGEN VON:
ARMIN LASCHET
HANS-ULRICH WEHLER
STEFAN HRADIL
HEINZ BUDE

TRANSMISSION 01

**Zwischen Illusion und Verheißung:
Soziale Mobilität in Deutschland**

Inhalt

Zum Geleit	
<i>von Mark Speich</i>	4
Integration – Teilhabe – Bildungschancen: Deutschlands Weg zur Aufsteigerrepublik	
<i>von Armin Laschet</i>	8
Aufstiegsmobilität und Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland	
<i>von Hans-Ulrich Wehler</i>	24
Die Aufstiegs-gesellschaft – warum wir sie brauchen und was uns von ihr trennt	
<i>von Stefan Hradil</i>	34
Die Spaltung der Gesellschaft	
<i>von Heinz Bude</i>	50
Die Architektur der Bildungsentscheidungen: ein Ausblick	
<i>von David Deißner</i>	74
Über die Autoren	82
Über die Vodafone Stiftung	86
Impressum	88

Zum Geleit

von Mark Speich

Mit dieser kleinen Publikation legen wir den ersten Band unserer neuen Reihe „transmission“ vor. Auf den ersten Blick könnte dieser etwas eigenwillige Reihentitel dankbar daran erinnern, dass die Handlungs- und Gestaltungspielräume der Vodafone Stiftung auf ein erfolgreiches Unternehmen zurückzuführen sind, das der Gesellschaft die Innovationen moderner Übertragungstechnologie erschließt. Und tatsächlich haben wir mit dem Begriff der „transmission“ die Übertragung im Blick. Allerdings interessiert uns als Stiftung weniger die technologische Komponente dieses Begriffs. Der Vodafone Stiftung geht es um die Frage, wie sich wissenschaftliche Erkenntnis und ideenpolitische Ortsbestimmungen in praktische Handlungsfolgen zum Wohle der Allgemeinheit „übertragen“ lassen.

Das entspricht dem Anspruch der Stiftung, neben ihrer Ausrichtung als operativ-fördernde Stiftung auch als Think Tank und somit als Transmissionsriemen für gesellschaftspolitische Inno-

vationen zu wirken. Mit unserer Publikationsreihe wollen wir die im Rahmen dieser Arbeit entwickelten Überlegungen, Beiträge und Gedanken veröffentlichen, um einem breiteren Kreis die Möglichkeit zu geben, sich an dem aus unterschiedlicher Perspektive thematisierten Diskurs über Zukunftsfragen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu beteiligen.

Die Schwerpunkte unserer Think-Tank-Arbeit gründen auf der ordnungspolitischen Überzeugung, dass die langfristige Akzeptanz unserer Freiheitsordnung ganz entscheidend davon abhängt, ob es gelingen wird, allen Bevölkerungsschichten unabhängig von ihrer Herkunft realistische Perspektiven der Entfaltung individueller Lebenschancen zu bieten.

Durch die wechselseitige Wirkung von Verschuldung und demographischer Entwicklung wird sich die Situation der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen noch dramatisch verschärfen und die staatlichen Handlungsspielräume weiter einengen. Wer unter diesen Bedingungen glaubt, gesellschaftliche Befriedung weiterhin ausschließlich durch Umverteilung erreichen zu können, verweigert sich auf fahrlässige Weise den Herausforderungen der Wirklichkeit. Was aber ist von der Stabilität einer Gesellschaft zu halten, die wachsende Ungleichheit nicht mehr in dem Maße wie früher durch Umverteilung auszugleichen vermag, in der aber gleichzeitig die Abhängigkeit der beruflichen Zukunft von der familiären Herkunft ausgeprägter ist als in fast jedem anderen entwickelten Land?

Über die Vorzüge und Nachteile des angelsächsischen Gesellschaftsmodells lässt sich trefflich streiten. Aber gewiss scheint die befriedende und integrierende Kraft, die von der dort wirksamen Aufstiegsverheißung als Mythos auch dann noch ausgeht, wenn sie von den sozioökonomischen Realitäten nicht mehr

in jeder Hinsicht bestätigt wird. Es wäre naiv zu glauben, dass es gelingen kann, einen so wirkmächtigen Mythos wie den des „American Dream“ in einen deutschen Kontext zu übertragen, dem Pastellfarben und exaltierte Zukunftszugewandtheit eher fremd sind. Gleichwohl wäre es auch hier notwendig, sich von einem Gesellschaftsverständnis zu lösen, das sich sehr viel stärker am Status von Klientelgruppen als an individuellen Chancen orientiert.

Wenn davon die Rede sein muss, jedem Aufstiegsperspektiven zu bieten, die von seinen Fähigkeiten und nicht von der materiellen Ausstattung seiner Eltern abhängen, dann geht es keineswegs nur um die aus volkswirtschaftlicher Perspektive so dringend notwendige Aktivierung der bislang ungenutzten Talente, sondern ganz fundamental auch um die Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Die im ersten Band unserer neuen Reihe versammelten Autoren nähern sich dem Leitthema der sozialen Mobilität und gesellschaftlichen Inklusion aus grundsätzlicher Perspektive, politisch, historisch und soziologisch. Hiermit wird ein Fundament für unsere weiteren Erörterungen und Überlegungen gelegt. Wir sind sehr glücklich, dass es uns gelungen ist, für diesen Band so namhafte Persönlichkeiten und ausgewiesene Experten zu gewinnen. Herrn Minister Armin Laschet, Herrn Professor Hans-Ulrich Wehler, Herrn Professor Stefan Hradil und Herrn Professor Heinz Bude sei an dieser Stelle für Ihre wertvollen Beiträge und die überaus unkomplizierte Zusammenarbeit gedankt.

Ein weiterer Dank muss an jene gehen, die in der Vodafone Stiftung Schriftenreihe und Gedankenaustausch ermöglicht haben, namentlich Danyal Alaybeyoglu, Dr. David Deißner und Sonja Gigler.

Zum Schluss bleibt mir die Hoffnung, dass das, was der Vodafone Stiftung inspirierender Ansporn für die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema gesellschaftlicher Aufstiegs-
perspektiven ist, dem geneigten Leser anregende Lektüre sein möge.

Mark Speich

Geschäftsführer Vodafone Stiftung Deutschland

Düsseldorf, im September 2009

Integration – Teilhabe – Bildungschancen: Deutschlands Weg zur Aufsteigerrepublik

von Armin Laschet

In diesen Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise greift die Sorge vor dem Abstieg um sich. Da könnte sich jemand, der den Aufstieg in den Blick nimmt, rasch dem Vorwurf von Wirklichkeitsverkennung und Utopismus ausgesetzt sehen. Ich bin jedoch überzeugt, dass verantwortungsvolle Politik auch hier antizyklisch handeln muss. Die Krise wird eines Tages wieder vorbei sein. Die Grundfrage nach der Chancengerechtigkeit aber bleibt.

Wenn sich auch nach der Krise – bei dann noch geringeren Spielräumen der öffentlichen Haushalte für wohlfahrtstaatliche Umverteilung – unternehmerischer Erfolg und individuelle Teilhabe weiter auseinander entwickeln sollten, wenn soziale Mobilität nach wie vor stärker durch Herkunft als durch individuelle Leistung determiniert bliebe, dann würde die Akzeptanz unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung fundamental untergraben. Ungleichheit wird nur akzeptiert, wenn sie eine sachliche Begründung hat. Wer in Deutschland – wodurch auch immer – daran gehindert wird, sich weiterzuentwickeln, nach oben zu kommen und Erfolg zu haben, wird zum gemeinsamen Erfolg weder beitragen wollen noch können. Je erfolgreicher hingegen jeder Einzelne sein kann, umso erfolgreicher werden wir zusammen sein.

Integration und Aufstieg als Erfolgsrezept

Daher wird entscheidend sein, ob es uns gelingt, die Verheißung des „Wohlstands für alle“ aus der Gründerzeit unserer Bundesrepublik neu formuliert als „Aufstiegchancen für alle“ auf die heutige Generation zu übertragen und mit Leben zu füllen. Aufstieg muss für jeden und jede möglich sein, unabhängig von der Herkunft. Es darf nicht länger eine Rolle spielen, wo jemand herkommt, es soll nur darauf ankommen, wo jemand hin will. Jeder, der aufsteigen will, muss darauf vertrauen können, dass er dabei systematisch unterstützt wird. Das ist – zumal bei einer demografischen Entwicklung, in der wir auf jeden Menschen mit seinen Talenten und Potenzialen angewiesen sein werden – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Und deshalb ist es gut, dass wir uns im Kreis unterschiedlicher Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft darüber austauschen, was zu tun ist, damit unser Land wieder eine Aufsteigerrepublik wird.

Denn aus meiner Sicht ist das Erfolgsrezept der sechzig Jahre Bundesrepublik, die wir in diesem Jubiläumsjahr feiern, eindeutig: Unser Land war von Anfang an Integrations- und dadurch Aufsteigerrepublik. Integration und Aufstieg, Zusammenhalt der Gesellschaft und individueller Erfolg, das waren eine ganze Zeit lang die zentralen Kennzeichen. Wenn wir diese Tugenden wieder entdecken und neu für das Jahr 2009 übersetzen, werden sie abermals die Erfolgsgarantie dafür sein, dass wir eine neue Blüte erleben – und dafür, dass mehr Menschen als bisher daran teilhaben, insbesondere auch die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

„Es darf nicht länger eine Rolle spielen, wo jemand herkommt, es soll nur darauf ankommen, wo jemand hin will. Jeder, der aufsteigen will, muss darauf vertrauen können, dass er dabei systematisch unterstützt wird.“

Ihnen kommt eine Schlüsselrolle zu, bei ihnen schlummert das größte Potenzial, das es zu wecken gilt. Sie machen bundesweit fast zwanzig Prozent der Bevölkerung aus und in manchen Großstädten bereits die Hälfte eines Geburtsjahrgangs.

Nur wenn diese Kinder und Kindeskinde von ehemaligen „Gastarbeitern“, von Flüchtlingen und anderen Zuwanderern, die begründete Hoffnung hegen können, einmal in der Mitte der Gesellschaft anzukommen, wird Deutschland im globalen Wettstreit der Informations-, Dienstleistungs- und Wissensgesellschaften bestehen. Unser Umgang mit der Integrationsfrage ist also eine ganz entscheidende Stellschraube, die über unsere wirtschaftliche und soziale Stärke entscheidet. Darum nenne ich die Integration die Gretchenfrage Deutschlands. Wie halten wir es mit der Integration? Wie halten wir es mit der Bildung? Wie mit dem Aufstieg? Die Antworten auf diese Frage sind grundlegende Weichenstellungen für die Zukunft.

Erste deutsche Einheit

Blicken wir in diesem Jubiläumsjahr auf die Anfangszeit der Bundesrepublik zurück, so war die Integration der 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen – damals „Eingliederung“ genannt – eine der drängendsten politischen Herausforderungen der Nachkriegszeit. Für diese Integrationsaufgabe schuf Konrad Adenauer bei der Bildung seines ersten Kabinetts wie selbstverständlich ein eigenes Ministerium, das „Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“. Ebenso selbstverständlich für die damalige Zeit wurde einer der Vertriebenen Minister, der Schlesier Dr. Hans Lukaschek. In seiner Amtszeit wurden 1952 das Gesetz über den „Lastenausgleich“ und ein Jahr später das Bundesvertriebenengesetz verabschiedet.

Der gewaltige gesellschaftliche Solidaritätsakt – beim Lastenausgleich flossen insgesamt etwa 150 Milliarden DM – ließ die Vertriebenen nicht chancenlos und ausgegrenzt zurück, sondern ermöglichte ihnen Lebens- und Aufstiegschancen, die ergriffen und genutzt wurden. Der eigene Ansporn der Vertriebenen und ihrer Kinder wurde begleitet durch die systematische Förderung des Staates. Die Zuständigkeit eines eigenen Ministeriums und die dort entworfenen Gesetze waren entscheidende Instrumente einer solidarischen Willkommenskultur, um nach dem Krieg zum inneren Ausgleich, zur inneren Einheit Westdeutschlands zu gelangen. Der Lastenausgleich führte die Nachkriegsgesellschaft zusammen. Ich bezeichne diese erste große Integrationsleistung als die erste deutsche Einheit in der Geschichte der Bundesrepublik.

„Die Zuständigkeit eines eigenen Ministeriums und die dort entworfenen Gesetze waren entscheidende Instrumente einer solidarischen Willkommenskultur, um nach dem Krieg zum inneren Ausgleich, zur inneren Einheit Westdeutschlands zu gelangen.“

Zweite deutsche Einheit

Die Integrationsleistung der zweiten deutschen Einheit, wie ich in diesem Zusammenhang die Wiedervereinigung 1990 nennen möchte, ist noch lange nicht in Gänze vollbracht. Es bleibt noch viel zu tun, obwohl wir in den (erst) zwanzig Jahren seit dem Mauerfall schon beachtlich vorangekommen sind. Auch diese Einheit basiert auf den beiden Säulen Integration und Aufstiegsorientierung. Zahllose Biografien beweisen, heute zunehmend eher als Regel denn als Ausnahme, dass die Menschen aus den neuen Bundesländern nunmehr auf ganz selbstverständliche Weise ihren Platz in unserer gemeinsamen Gesellschaft gefunden haben

und darin ihren Weg nach oben so selbstbewusst gehen, dass sie manchen aus dem Westen ganz locker hinter sich lassen.

Mit der Wirtschafts- und Währungsunion kurz vor der Vereinigung, mit den Transferleistungen seitdem, die eher strömen als fließen, mit der Einführung des Solidaritätszuschlags als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und darüber hinaus mit dem Solidarpakt zwischen Bund und Ländern ist ein einzigartiges Gesamtpaket der nationalen Solidarität geschnürt worden. Über den tatsächlichen finanziellen Wert dieses Paketes gibt es nur Vermutungen. Aber jede dieser vermuteten Größenordnungen macht deutlich, dass die Kosten für die Integration der 16 Millionen Menschen, die Ende 1989 noch auf dem Gebiet der DDR lebten, in den Dimensionen nur vergleichbar sind mit den Integrationskosten der zwölf Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Krieg.

Bei einem anderen staatlichen Instrument wird ein großer Unterschied deutlich: Der zweiten Einheit fehlte ein „Einheitsministerium“! Nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl wurde bei der Kabinettsbildung im Januar 1991 das „Ministerium für innerdeutsche Beziehungen“ aufgelöst. Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob die Menschen im wiedervereinigten Deutschland mit den Umstellungen besser zurechtgekommen wären, wenn das „Innerdeutsche“ weiter bestanden und zu einem machtvollen „Einheitsministerium“ fortentwickelt worden wäre. Aus der Erfahrung meines Ministeriums in Nordrhein-Westfalen kann ich nur vermuten, wie sehr ein solch eigenständiges Haus einen Beitrag hätte leisten können zur Querschnittaufgabe der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration der Menschen in den neuen Bundesländern und zum Miteinander zwischen den West- und Ostdeutschen. 1990/91 hat

man, aus meiner Sicht leider, auf eine derartige institutionelle Lösung verzichtet.

Die Bundeskanzlerin hat sich kurz vor dem Tag der Deutschen Einheit 2008 mit Zuwanderern der ersten und der dritten Generation im Kanzleramt getroffen. So einen symbolischen Akt hatte es zuvor übrigens noch nie gegeben. Angela Merkel erzählte später, dass sie als ehemalige DDR-Bürgerin nun verstanden habe, was die Wiedervereinigung für die Zuwanderer bedeutet hat; welche Verletzungen damit für sie verbunden waren, wenn sich die Deutschen über die Vereinigung mit wildfremden weit entfernt lebenden anderen Deutschen freuten und sie, die schon länger da waren und nur ein paar Häuser weiter wohnten, gar nicht mehr wahrgenommen wurden. Das

vorher bereits bei vielen vorhandene Gefühl, außen vor zu sein, nicht dazuzugehören und Bürger zweiter Klasse zu sein, wurde im direkten Umfeld der Wiedervereinigung noch stärker. Nun fühlten sich die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sogar nur noch als Bürger dritter Klasse.

„Das vorher bereits bei vielen vorhandene Gefühl, außen vor zu sein, nicht dazuzugehören und Bürger zweiter Klasse zu sein, wurde im direkten Umfeld der Wiedervereinigung noch stärker. Nun fühlten sich die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sogar nur noch als Bürger dritter Klasse.“

Die Zugewanderten aus Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Jugoslawien, Marokko, Tunesien und der Türkei, die in der Zeit des „Wirtschaftswunders“ als „Gastarbeiter“ nach Deutschland geholt wurden – und ihre Nachkommen – waren irgendwann da, aber sie waren nicht im Blick.

Mythos „Gastarbeiter“

Deutschland wurde Einwanderungsland, ohne es zunächst zu merken, ohne es überhaupt zu wollen und ohne daraus Conse-

quenzen zu ziehen – das war vielleicht das Schlimmste. Das erste Anwerbeabkommen für Arbeitsmigranten, das Konrad Adenauer im Dezember 1955 mit Italien schloss, und alle nachfolgenden Abkommen gingen von der Fiktion aus, da kämen „Gastarbeiter“, die auch wieder gehen. Das Wort „Gast“ ist ja bereits vielsagend. An diese Fiktion glaubte die deutsche Gesellschaft; glaubten Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik; das glaubten aber auch die, die kamen. Sie dachten selbst, sie gingen für wenige Jahre

„Unser Umgang mit der Zuwanderung und mit den Zuwanderern war geprägt durch Versäumnisse, Verirrungen und Verfehlungen. Wir haben die Realität eines Einwanderungslandes jahrzehntelang verweigert.“

in die Bundesrepublik, schickten das Geld zu den Familien in die Heimat und kehrten dann wieder dahin zurück. Angeworben wurden einfache Arbeiter, zumeist aus den bildungsfernsten Schichten des Landes. In der Industriegesellschaft war für jeden Platz. Bis Anfang der Siebzigerjahre

war die Arbeitslosigkeit unter Ausländern geringer als die unter Deutschen. Wir hatten 1971 1,2 Prozent Arbeitslosigkeit bei den Deutschen und 0,8 Prozent bei den damals als Ausländer Gezählten. Integration gelang ausschließlich durch Arbeit und am Arbeitsplatz. Eine Integration in die Gesellschaft war ebenso wenig vorgesehen wie Bildungsangebote als Grundlage für einen sozialen Aufstieg.

Verpasste Integration nachholen

Der Abschied von der Fiktion, vom „Mythos Gastarbeiter“ und der Weg hin zur Einsicht, dass da Menschen gekommen sind, die bleiben und in die Gesellschaft integriert werden müssen, war lang und schmerzhaft. Unser Umgang mit der Zuwanderung und mit den Zuwanderern war geprägt durch Versäumnisse,

Verirrungen und Verfehlungen. Wir haben die Realität eines Einwanderungslandes jahrzehntelang verweigert, haben gedacht, dass Integration von selbst geschehe und haben uns zudem durch parteipolitische Streitereien gelähmt. In den achtziger und neunziger Jahren haben wir zwar sehr intensiv über die quantitative Zuwanderung debattiert, besonders im Hinblick auf eine Änderung des Asylrechtes. Wir haben aber nie das gemacht, was ein Einwanderungsland machen muss: die Menschen, die gekommen sind, von Anfang an zu begleiten und ihnen das Ankommen in der Gesellschaft und auch den Aufstieg darin zu ermöglichen.

„Wir haben nie das gemacht, was ein Einwanderungsland machen muss: die Menschen, die gekommen sind, von Anfang an zu begleiten und ihnen das Ankommen in der Gesellschaft und auch den Aufstieg darin zu ermöglichen.“

Heute haben wir das Phänomen, dass zu uns kaum neue Zuwanderer kommen – im Gegensatz zu jedem anderen Land in der Europäischen Union –, wir dafür aber Integration rückwirkend für die letzten 30, 40 Jahre leisten müssen. Klaus J. Bade, der Migrationsforscher und Politikberater, hat dafür den Begriff *nachholende Integrationspolitik* geprägt. Von dem, der nahezu ohne schulische Bildung zur harten körperlichen Arbeit nach Deutschland kam, erwarten wir jetzt, dass er quasi in der eigenen Person den Sprung von der Industriegesellschaft in die Wissensgesellschaft schafft. Ein Sprung, der Menschen mit anderen Voraussetzungen in unserer Gesellschaft schon so schwer fällt. Ich erlebe im Moment bei meinem fünfzehnjährigen Sohn, wie mühsam es ist, jemanden von der Klasse 9 in die Klasse 10 zu begleiten. Ich weiß nicht, wie Eltern, die als Analphabeten hergekommen sind, dies eigentlich bei ihren Kindern leisten sollen.

Was den Aufstieg verhindert

Die Probleme, die wir bei der zweiten Generation der Zuwanderer und noch stärker bei deren Kindern feststellen, die heute im Teenageralter sind, beruhen nicht in erster Linie auf persönlichem Versagen – auch, wenn das ein gängiges Vorurteil ist. Ausschlaggebend ist vielmehr das strukturelle Versagen unseres Landes. Wenn die Rahmenbedingungen schlecht sind, kommt der Einzelne, selbst wenn er seiner persönlichen Verantwortung gerecht wird und alles versucht und tut, dennoch so gut wie nicht voran. Wer trotzdem weiter nach oben gekommen ist, hat es – bei allem eigenen Einsatz – meist nur durch Zufall und damit gegen alle Wahrscheinlichkeit geschafft. Er darf sich wie ein Lottogewinner fühlen. Er ist die Ausnahme, nicht die Regel.

Mir sind viele Aufstiegsbiografien von Menschen aufgefallen, die es in diesem Sinne *trotzdem* geschafft haben; die gegen alle Widrigkeiten des Systems als türkische Gastarbeiterkinder

„Die Probleme, die wir bei der zweiten Generation der Zuwanderer und noch stärker bei deren Kindern feststellen, die heute im Teenageralter sind, beruhen nicht in erster Linie auf persönlichem Versagen – auch, wenn das ein gängiges Vorurteil ist. Ausschlaggebend ist vielmehr das strukturelle Versagen unseres Landes.“

plötzlich Abitur gemacht haben, dann z.B. Journalist geworden sind, große Karrieren gemacht haben. In all diesen Fällen war ein Zufall ausschlaggebend. Beispielsweise ein Lehrer, der ermutigt hat und gesagt hat: „Mach’s trotzdem“. Oder wie bei der in Duisburg aufgewachsenen Buchautorin Hatice Akyün ein Bücherbus, der zufällig immer donnerstags in ihrer

Straße gehalten hat, in den sie sich als kleines Mädchen dann erstmals hineinschlich und durch den ihre Leidenschaft für das Lesen erst geweckt wurde.

Neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts

In Nordrhein-Westfalen haben mittlerweile 38 Prozent der Kinder im Alter bis zu sechs Jahren eine Zuwanderungsgeschichte, sind also Spätaussiedler, Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit oder Kinder mit mindestens einem ausländischen Elternteil. *Zuwanderungsgeschichte* ist ein anderes Wort für Migrationshintergrund. Wir haben diesen neuen Begriff bei uns in alle offiziellen Texte übernommen. Ich denke, er trifft den Sachverhalt besser. Denn die Kinder sind ja selbst keine Migranten, sondern sie sind Kinder oder Kindeskind derer, die einmal eingewandert sind. Sie haben also irgendwo in der Familie eine Geschichte der Zuwanderung. Was im Landesschnitt 38 Prozent sind, sind in Ballungsräumen wie dem Ruhrgebiet oder in Köln fast 50 Prozent.

Wie können diese Kinder, die heute noch 40 Prozent der Hauptschüler ohne Abschluss ausmachen, so in die Gesellschaft integriert werden, dass auch für sie ein gesellschaftlicher Aufstieg möglich ist? Wie kann es gelingen, in einer älter werdenden Gesellschaft zukunftsfähig zu bleiben, in der erstmals mehr Menschen leben, die über sechzig Jahre alt sind, als Kinder und Jugendliche unter zwanzig Jahren? Wer wird in zwanzig Jahren das Land tragen, wenn wir, die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre (allein 1964 hatten wir 1.3 Millionen Geburten), in den Ruhestand gehen? Wie schaffen wir es, dass dann die heutigen Kinder mit Zuwanderungsgeschichte maßgeblich in der Lage sein werden, unser Bruttonutzenprodukt zu erarbeiten? Das ist die neue, den demografischen Wandel und die Integration verbindende soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Sie ist nur in einer Bildungs- und Aufsteigerrepublik zu lösen.

Aufstieg durch Bildung

Aufstieg darf nicht länger von Zufälligkeiten abhängig sein, er muss systematisch ermöglicht werden. Er darf nicht länger die Ausnahme bleiben, er muss zur Regel werden. Und Aufstieg muss lebenslang immer wieder neu möglich sein – jeder hat das Recht nicht nur auf eine zweite, sondern auch auf eine dritte oder vierte Chance. Bei der Frage, mit was für Mechanismen das gelingen kann und wo wir nachsteuern müssen – möglicherweise im Schulsystem –, ist es natürlich sehr wichtig, Hinweise zu erhalten: Wo sind die Defizite, die wir beheben müssen, und woran müssen wir intensiver arbeiten?

Für mich gehört ein gutes Bildungssystem zu den unabdingbaren infrastrukturellen Voraussetzungen für die Aufsteigerrepublik. Aufstieg muss möglich sein, unabhängig von der Herkunft der Eltern! Das haben vor 40 Jahren in der Bildungs-

revolution schon Georg Picht, Ralf Dahrendorf und andere so formuliert. Wenn etwas nicht durch die Familie zu leisten ist, ist also die Gesellschaft, der Staat, das Bildungssystem gefragt, die begleitenden Schritte zu tun und auch diesen Kindern den Aufstieg zu

„Aufstieg darf nicht länger von Zufälligkeiten abhängig sein. Er darf nicht länger die Ausnahme bleiben, er muss zur Regel werden.“

ermöglichen – einen Aufstieg durch Bildung. Bildung ist das neue Symbol für Anerkennung, Teilhabe, Aufstieg und Integration. Wo der Bildungsverlierer in den sechziger Jahren, zu Beginn der Bildungsdiskussion, noch das viel zitierte „katholische Mädchen vom Lande“ war, dem damals erstmals eine Perspektive auf Bildungschancen gegeben werden sollte, ist der Bildungsverlierer heute eher „der Junge mit Zuwanderungsgeschichte aus der Großstadt“. Die Quote der Jungen mit türkischer oder italienischer

Zuwanderungsgeschichte bei der Gruppe, die die Schule ohne Abschluss verlässt, ist in Nordrhein-Westfalen doppelt so hoch wie die der Mädchen.

Sprachförderung – nicht nur für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte

Um überhaupt eine Chance zu bekommen, an Bildung teilnehmen zu können, brauchen gerade Kinder mit Zuwanderungsgeschichte sehr früh Sprachförderung. Was wäre eigentlich passiert, wenn wir dem millionsten Gastarbeiter 1964 anstelle eines Mopeds, das heute im Bonner Haus der Geschichte steht, einen Sprachkurs geschenkt hätten? Und nicht nur ihm, sondern den anderen 999.999 vor ihm auch? Eine verrückte Idee? Für die damalige Zeit sicherlich. Auf Sprache als Schlüssel für Bildung und gesellschaftlichen Aufstieg hat man erst seit den letzten wenigen Jahren intensiver gesetzt. Vor zehn Jahren hat man das wegen der parteipolitischen Streitlage sogar noch als „Zwangsgermanisierung“ diffamiert, nach dem Motto: „Lasst doch die Kinder ihre Sprache sprechen – warum müssen denn alle Deutsch sprechen?“ Heute ist es zum Glück gesellschaftlicher Konsens, dass jedes Kind, das in die Schule kommt, die deutsche Sprache verstehen und sprechen können muss.

Wir haben daher bei uns in Nordrhein-Westfalen verpflichtende Sprachtests mit vier Jahren eingeführt, im Schulgesetz verankert als vorgezogene Schuleingangsuntersuchung. Falls erforderlich – 22 Prozent der Vierjährigen haben Sprachförderbedarf – erfolgt danach in den zwei Jahren bis zur Einschulung eine zusätzliche Förderung von zweihundert Stunden pro Jahr. Im Übrigen haben wir bei unseren Sprachtests festgestellt, dass manches „türkische“ Kind besser Deutsch spricht als manches

„deutsche“. Insofern ist unsere Sprachförderung tatsächlich ein Angebot, das unabhängig von der Herkunft und Situation der Eltern wirkt. Deutsche Kinder aus der soziologisch so definierten „Unterschicht“ – politisch ist das Wort nicht korrekt, aber es beschreibt trotzdem das Phänomen –, deren Eltern vielleicht schon in der zweiten Generation in Sozialhilfe beziehungsweise Hartz IV leben, haben oft die gleichen Probleme wie Zuwandererkinder. Ihnen allen nützt die Sprachförderung im Kindergarten, genau wie auch der Ausbau von Ganztagsangeboten bei den Schulen.

Jede Maßnahme, die wir ergreifen, um mit einer engagierten Integrationspolitik Menschen mit Zuwanderungsgeschichte den Aufstieg zu ermöglichen, ist also immer auch eine Maßnahme, die Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte neue, eigene Aufstiegschancen ermöglicht.

Dritte deutsche Einheit

Nach der Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg und der Integration der Menschen in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung ist es nun Aufgabe der gesamten Gesellschaft, eine dritte große Integrationsleistung, eine Art dritte deutsche Einheit, zu vollbringen: Ich meine die innere Einheit zwischen jenen von uns mit und jenen von uns ohne Zuwanderungsgeschichte, also sozusagen die innere Einheit zwischen „Neudeutschen“ und „Altdeutschen“. Da wir diese innere Einheit nicht in den Jahrzehnten vor der Wiedervereinigung geschaffen haben, müssen wir sie nun als dritte deutsche Einheit nachholen. Auch bei dieser Einheit brauchen wir, wie auch bei den vorangegangenen, das richtige „Klima“, die richtigen Instrumente und institutionellen Lösungen für das staatliche Handeln.

In den letzten vier Jahren ist nicht nur klimatisch eine ganze Menge passiert – es gibt auch zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einen nationalen Integrationsplan mit 400 Selbstverpflichtungen aller gesellschaftlichen Akteure. Es gibt darüber hinaus auch das neue hessische „Ministerium der Justiz, für Integration und Europa“. In Niedersachsen nennt sich der Kollege Schünemann, der Innenminister ist, auch Integrationsminister. Wir haben in allen Ländern inzwischen Ministerien, die an diesem Thema arbeiten. Professor Bade hat schon in den achtziger Jahren sogar die Idee eines eigenständigen Bundesintegrationsministeriums gehabt, andere – auch die Medien – haben sie seither aufgegriffen.

Diese Verankerung der Integrationspolitik in einem Bundesressort wäre über die Gestaltungsmöglichkeit von konkreter Politik hinaus auch ein wichtiges Zeichen der Anerkennung und politischen Wertschätzung für die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Die Wirkung wäre vergleichbar mit der des eigenständigen Vertriebenenministeriums nach dem Krieg, das – an der Spitze mit Ministern mit einer eigenen Vertreibungsgeschichte – maßgeblich mithelfen konnte, Millionen Menschen erfolgreich zu integrieren. Warum nicht auch jetzt ein Zuwanderer an der Spitze? Bei der Frage, welche institutionelle Lösung auf Bundesebene die richtige Lösung ist, kann man unterschiedlicher Meinung sein. Die Diskussion ist aber bereits Beleg dafür, dass das Thema Integration auf der politischen Agenda deutlich nach oben gerückt ist.

„Die Verankerung der Integrationspolitik in einem Bundesressort wäre über die Gestaltungsmöglichkeit von konkreter Politik hinaus auch ein wichtiges Zeichen der Anerkennung und politischen Wertschätzung für die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.“

Aufstieg als politisches Programm

Zur Herstellung einer inneren Einheit aller Menschen, die in Deutschland leben, egal wo ihre Wurzeln einmal waren, müssen wir allen Teilhabe ermöglichen. Teilhabe an der politischen Gestaltung, an Bildung, am wirtschaftlichen Erfolg sowie am sozialen Aufstieg. Teilhabe, das ist für mich die tiefere Bedeutung von Integration. So verstanden muss jeder, der ein Teil Deutschlands ist, auch alle Möglichkeiten bekommen, Teilhaber in Deutschland zu werden.

Die innere Einheit unseres Vaterlandes ist für mich erst dann vollendet, wenn Boris aus Berlin, Chantal aus Chemnitz und Ahmet aus Aachen die gleichen Bildungschancen haben, die gleichen Chancen auf einen Ausbildungs- oder Studienplatz und auf eine Arbeitsstelle. Aufstieg muss wieder zum politischen Programm werden und zum politischen Versprechen: Du bist Deutschland – und deswegen werden wir alles tun, damit du auf der Erfolgsleiter so weit wie möglich nach oben kommst.

Machen wir uns daher zum sechzigsten Geburtstag der Bundesrepublik ein sinnvolles und notwendiges Geschenk: Machen wir uns einfach auf den Weg zurück zur Aufsteigerrepublik!

Aufstiegsmobilität und Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland

von Hans-Ulrich Wehler

Die Frage nach der sozialen Aufstiegsmobilität lenkt auf Probleme hin, die im Hinblick auf die Gesamtgesellschaft der Bundesrepublik noch nicht umfassend beantwortet werden

Wer auch immer sich mit der Aufstiegsmobilität in Deutschland beschäftigt, trifft auf die Sozialhierarchie einer komplexen Gesellschaft, auf ihr System der Sozialen Ungleichheit.

können. Denn es fehlt die empirisch überzeugende Analyse dieser Mobilität für die 64 Millionen Deutschen bis 1990 und die 82 Millionen seither. Die Aufstiegsprozesse (und übrigens auch die sozialen Abstiegsprozesse) in derart gewaltigen Samples zu klären, setzte ein geradezu riesiges Projekt

mit umfangreicher Computerausstattung, zahlreichen Experten und einer entsprechenden Finanzierung voraus.

Wer auch immer sich mit der Aufstiegsmobilität in Deutschland beschäftigt, trifft auf die Sozialhierarchie einer komplexen Gesellschaft, auf ihr System der Sozialen Ungleichheit. Wesentlich für ihre Erfassung bleibt Max Webers berühmte Maxime, es sei „die allerelementarste ökonomische Tatsache“, dass die „Verfügung über Besitz und Einkommen“ ganz „spezifische Lebenschancen“ schaffe. Zu ihnen gehört auch die Fähigkeit zur Mobilität.

Deutschland als „Aufzugsgesellschaft“?

Heutzutage spielt – bis in die Umgangssprache hinein – die Metapher von der Fahrstuhl- oder Aufzugsgesellschaft eine unübersehbare Rolle. Gemeint ist mit diesem Bild, das der Wirtschaftshistoriker Werner Sombart 1900 in die Fachsprache eingeführt und nicht erst Ulrich Beck vor einigen Jahren erfunden hat, dass die westdeutsche Gesellschaft mit dem Beginn des „Wirtschaftswunders“ im Herbst 1950 in einen riesigen Aufzug eingetreten sei, der sie, Stufe um Stufe, auf immer höhere Prosperitätsniveaus empor getragen habe. Trifft dieses Sprachbild die Realität der Bundesrepublik?

Das Statistische Bundesamt, dessen statistischen Quellen man sich für eine Antwort zuwendet, teilt die Erwerbstätigen in fünf Einheiten von je zwanzig Prozent ein, in die sogenannten Quintile. Der „Spiegel“ glaubte vor einiger Zeit nachweisen zu können, dass dieses Amt von höchster Stelle angewiesen worden sei, seine sozialstatistischen Daten nicht in der Sprache der Lehre von den sozialen Klassen zu präsentieren. Offensichtlich äußerte sich in dieser skurrilen Anweisung die tief verwurzelte Aversion gegen den angeblich vom Marxismus besetzten Klassenbegriff, obwohl die moderne Sozialstrukturanalyse seit Marx die Klassentheorie von dogmatischem Ballast befreit und überzeugend flexibilisiert hat. So hat zum Beispiel der bedeutendste französische Soziologe in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Pierre Bourdieu, und mit ihm viele andere Sozialwissenschaftler und Historiker, nicht von ferne daran gedacht, auf einen solchen streng analytischen Klassenbegriff zu verzichten.

Starrheit der Verteilungsordnung

Am Beginn kann man sich der Verteilung von Vermögen

und Einkommen zuwenden. Beide Größen sind vom Statistischen Bundesamt für die Zeitspanne von 1950 bis 2000 exakt erfasst worden. Der hier verwendete Vermögensbegriff umfasst allerdings nicht das Immobilienvermögen (dessen Berücksichtigung aber aller Wahrscheinlichkeit nach die relative Größenordnung nicht verändern würde), auch nicht die privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich garantierten Ansprüche auf Renten und Pensionen (durch deren Bezug Ungleichheit zwar abgemildert, aber

Das verblüffende Element an der Distributionsordnung der Vermögen ist ihre konstante relationale Starrheit.

wiederum aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in einer Veränderung der Größenordnung abgebildet würde). Das verblüffende Element an der Distributionsordnung der Vermögen ist ihre konstante relationale Starrheit. Die obersten zehn Prozent binden 61 Prozent des Vermögens an sich;

nur 7.700 Haushalte allein 51 Prozent. Die obersten 25 Prozent besitzen sogar 80 Prozent des Vermögens. Die untersten zehn Prozent dagegen besitzen überhaupt kein Vermögen, sie sind vielmehr verschuldet. Diese Werte gelten, mit völlig geringfügigen Schwankungen gewissermaßen hinter dem Komma, von 1900 bis 2000. Als der bekannte Ökonom Wilhelm Krelle die Distributionsordnung in den 1960er-Jahren untersuchte, stellte er fest, dass nur 1,7 Prozent der westdeutschen Haushalte volle 74 Prozent des Produktivvermögens kontrollierten. Als er fast dreißig Jahre später gebeten wurde, seine Untersuchung zu wiederholen, kam er zu demselben Ergebnis!

Selbstverständlich ist in diesem halben Jahrhundert das Volumen der Vermögen, damit auch sein Umfang in den drei mittleren Quintilen, in einem beispiellosen Maße angestiegen.

Doch die Starrheit der Verteilungsordnung bleibt ein bemerkenswertes Phänomen.

Beim Einkommen ist das Volumen ebenfalls dramatisch angestiegen; allein zwischen 1950 und 1973 ist ja das Realeinkommen der Erwerbstätigen um das Vierfache in die Höhe gegangen. Dieselbe Starrheit wie bei der Vermögensverteilung lässt sich jedoch auch beim Einkommen zwischen 1950 und 2000 nachweisen. Die reichsten zehn Prozent binden durchweg 22 Prozent an sich, das oberste Quintil kommt auf fast die Hälfte, auf 44 Prozent. Während die drei mittleren Quintile durchweg bei 50 Prozent stagnieren, finden sich im letzten Quintil nur 7,5 Prozent. Prüft man die Distributionsordnung im Hinblick auf die Haushalte, bleibt es bei derselben Starrheit.

Offenbar können Hochkonjunktur, emporsteigender Wohlstand und sozialstaatliche Transferleistungen die Starrheit der Verteilungsordnung nicht wesentlich ändern. Schroffe Disparitäten sind in nahezu gleichbleibendem Ausmaß in der Bundesrepublik über ein halbes Jahrhundert hinweg konstant geblieben. Das enorm ansteigende Volumen der Vermögen und Einkommen hat jedoch mental und politisch jene lange Zeit schroffen Spannungen, die bis 1933 die deutsche Gesellschaft charakterisiert haben, drastisch abgemildert.

Eine wie eingefroren wirkende Distributionsordnung besagt natürlich noch nicht direkt etwas über Mobilitätsvorgänge und -chancen, da Bewegung innerhalb der Quintile und zwischen ihnen möglich bleibt. Doch spricht die Starrheit zunächst für die Vermutung, dass innerhalb der Quintile ein hohes Maß an Selbstrekrutierung vorhanden ist, wie das bisher etwa jede exakte Untersuchung von Unternehmer- oder Bildungsbürgerdynastien ergeben hat.

Mobilität am Beispiel der Funktionseliten

Da die Mobilitätsergebnisse in der deutschen Gesellschaft vor und nach 1990 noch nicht hinreichend bekannt sind, kann man zur Illustration von Mobilitäts- und Stagnationsprozessen selektiv auf die Funktionseliten an der Spitze der Sozialhierarchie zurückgreifen, da wir es hier mit einigermaßen überschaubaren Größen zu tun haben. Die Bundesrepublik besitzt keine kompakte Machtelite, aber auch keine offene Leistungsgesellschaft. Das erweist sich am Sozialprofil der zehn wichtigsten Eliten: in der Politik, der Verwaltung, der Wirtschaft, der Justiz, den Universitäten, Kirchen, Verbänden, Gewerkschaften und Medien sowie im Militär. An dieser Stelle sollen nur vier sorgfältig untersuchte Eliten herausgegriffen werden.

Die politische Elite erweist sich, aufs Ganze gesehen, als relativ offen. In den beiden ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik dominierten Männer aus den Familien höherer Beamter mit einem Viertel; zusammen mit einem Viertel aus mittleren und höheren Angestelltenfamilien stellen sie die Hälfte der Mitglieder. Inzwischen hat sich ein Übergewicht der bürgerlichen Mittelklassen herausgebildet. Namentlich die großen Volksparteien CDU und SPD besitzen jedoch auch Schleusenwerke, mit deren Hilfe sie Außenseiter emporhieven. Für die SPD transportieren die Gewerkschaften Angehörige dieser Elite nach oben, für die CDU tut das der Arbeitnehmerflügel mit seinen Gremien. Im Vergleich mit allen anderen deutschen Eliten ist die politische Elite deutlich am offensten; dazu hat in den letzten Jahren auch die Frauenquote beigetragen.

Die administrative Elite umfasst etwa 500 Männer, die zu den „Mandarinern Westeuropas“ (M. Dogan) gehören. 44 Prozent stammen aus der höheren Beamtenschaft, nur mehr fünf Prozent

aus dem Adel. Fünfzig Prozent kommen aus den bürgerlichen Mittelklassen, unter allen sind nur 15 Frauen. Die 44 Prozent aus den höheren Beamtenfamilien stellen den Nachwuchs der „oberen Dienstklasse“, wie Karl Renner und Ralf Dahrendorf diese Berufsklasse in der Verwaltungselite genannt haben. Sie kommen aus Familien, die über ein hohes kulturelles Kapital, dazu über das soziale Kapital weit gespannter Netzwerke verfügen, ihren Kindern eine Universitätsausbildung vermitteln und sie überhaupt durch einen Sozialisationsprozess steuern, der später die Herrschaft in bürokratischen Organisationen erleichtert. Wegen der hohen Homogenität bildet diese Dienstklasse auch in der Bundesrepublik eine kompakte soziale Klasse, in der Aufsteiger, etwa nach einem politischen Regimewechsel, eine geraume Zeit lang zu einer Minderheit gehören.

Die Justizelite übertrifft allerdings die Homogenität der Administrationselite noch bei weitem. Zählt man zu dieser Elite die Mitglieder der Hohen Bundesgerichte, der Oberlandesgerichte, die Spitzen des Bundesjustiz- und der Länderjustizministerien, ergibt eine Analyse aller 1960 erfassten Oberlandesgerichte, dass die Hälfte ihrer Richter aus Beamtenfamilien, davon wieder um 25 Prozent aus Juristenfamilien stammten. Von den Mitgliedern der Hohen Bundesgerichte kamen 44 Prozent aus den Familien höherer Beamter. Eine jüngere Analyse dieser Institutionen aus dem Jahre 1995 hat ergeben, dass inzwischen zwei Drittel aus Beamtenfamilien kommen, Juristenfamilien stellen unter ihnen die Hälfte. Auffällig ist mithin das außerordentlich hohe Maß an Selbstrekrutierung. Nur sehr wenige Mitglieder der Justizelite besitzen eine Herkunft aus Arbeiterfamilien (24) oder den Familien von Landwirten (50).

Die Wirtschaftselite ist in mancher Hinsicht am interessan-

testen, denn an ihr lässt sich eine verblüffend effektive soziale Schließung beobachten. Gestützt auf die beiden Ressourcen der Eigentumsmacht und der Positionsmacht hat diese Elite zunächst einmal eine auffällige Kontinuität bis in die frühen 1960er Jahre verteidigt. Die meisten Unternehmer, höheren Manager oder Generaldirektoren, wie man damals noch sagte, hatten schon seit der Weimarer Republik Spitzenpositionen besessen. Seit Mitte der Sechzigerjahre soll sich aber dann diese Elite zusehends geöffnet haben, wie das die Elitenforschung von Wildemann und Bürklin, aber auch die Gesellschaftsanalyse von Beck und Luhmann betonen. Die ursprüngliche Exklusivität sei verschwunden, die Wirtschaftselite sei inzwischen offen für Leistungsträger jedweder Herkunft, die Bildungspolitik habe ihre Basis erweitert und den Zustrom nach oben stimuliert. Tatsächlich hat sich aber seit etwa 1970, als die alte Elite durch-

Die exklusive Rekrutierung aus dem höheren Wirtschaftsbürgertum der Unternehmer und Manager hat sich laufend verschärft, sodass sich schließlich eine auffällige Homogenität dieser Oligarchie herausgebildet hat.

weg abgetreten war, ein erstaunlich elitärer Abschießungsprozess in den folgenden drei Jahrzehnten durchgesetzt. Bis etwa 1995 stammte die nachgewachsene jüngere Elite zu 80 Prozent aus dem Großbürgertum, zumindest aus dem gehobenen Bürgertum. Bei den 300 größten deutschen Unternehmen waren das 80 Prozent

der Vorstände, sogar 90 Prozent der Aufsichtsräte. Diese exklusive Rekrutierung aus dem höheren Wirtschaftsbürgertum der Unternehmer und Manager hat sich laufend verschärft, sodass sich schließlich eine auffällige Homogenität dieser Oligarchie herausgebildet hat.

Selbstrekrutierung und Exklusion durch Habitus

Wie ist dieser Exklusionsvorgang zu erklären? Die alt-marxistische Lehre, dass sich herrschende Klassen immer aus ihresgleichen zu ergänzen verstünden, greift nicht. Am ehesten überzeugt die Habitus-theorie Pierre Bourdieus. Er sieht im Habitus eine innere Steuerungsanlage, welche die amerikanische Kulturanthropologie die sozialkulturelle Persönlichkeit nannte. Sie wird im Sozialisationsprozess installiert und führt zu klassenspezifischen Persönlichkeitsmerkmalen, die den Denkstil, das Verhalten, den Sprach-, aber auch den Dresscode, den Geschmack usw. dauerhaft bestimmen.

Welcher Habitus empfiehlt seinen Besitzer für eine Position in der Unternehmensleitung? Das ist das souveräne, selbstsichere Auftreten, die gute Allgemeinbildung, die Geschmackssicherheit, die sprachlich-rhetorische Kompetenz, der Optimismus des Urteils, die unternehmerische Einstellung. Andere Bewerber, die diesen Habitus nicht besitzen, fallen dadurch ab, dass sie die Sicherheit des Auftritts, die Lässigkeit, das Selbstbewusstsein usw. nicht in diesem frühzeitig antrainierten Maße besitzen. Die Dominanz des Habitus, wie er in den oberen wirtschaftsbürgerlichen Klassen aufgebaut und gepflegt wird, beeinflusst dann maßgeblich die Entscheidung für die Rekrutierung des unternehmerischen Spitzennachwuchses, damit aber die Elitenkontinuität und Homogenität anstelle der Mobilität.

Wenn einem auch die Bedeutung des Habitus bei der Erklärung der hohen Selbstrekrutierungsrate der Wirtschaftselite weiter hilft, ist damit doch noch kein rundum negatives Urteil über die Selektionsfunktion des Habitus verbunden. Wie bei der Selbstrekrutierung des Nachwuchses aus Mediziner-, Rechtsanwalts-, Professorenfamilien kann damit ein hohes Maß an funk-

tionsgerechter Sozialisation und lebenspraktischer Orientierung verbunden sein. Andererseits ist damit auch häufig eine Mobilitätssperre verbunden, die dem Ideal der offenen Leistungsgesellschaft widerspricht.

Überdies sorgt primär der Habitus als mentale Sperre auch dafür, dass 80 Prozent der Arbeitersöhne wieder Arbeiter werden; nur einem relativ geringen Teil der Arbeitertöchter gelingt ein erster Aufstieg durch ihre Heirat in die unteren Angestellten-schaft. In der 1990 verblichenen DDR hatte sich übrigens derselbe Rekrutierungsmechanismus herausgebildet: 80 Prozent des Nachwuchses aus Arbeiterfamilien fand sich in einer Arbeiterposition wieder. Auch in der Facharbeiterschaft – unter dem Nachwuchs an- und ungelernter Arbeiter ist die Selbstrekrutierungsrate sogar in beiden deutschen Staaten noch etwas höher gewesen – hat sich daher eine soziale Homogenität gehalten, wie sie sonst nur noch in der Bauernschaft zu finden ist.

Mehr Aufstiegsschranken durch offene Ausbildungssysteme

Vergegenwärtigt man sich den „Mythos der Leistungsgesellschaft“ (Michael Hartmann), dem die Bundesrepublik anhängt, zeigt bereits diese knappe Erörterung, dass die soziale Aufstiegs-mobilität keineswegs für jeden durch Leistungsqualifikation möglich ist. Eine entscheidende Weichenstellung erfolgt offensichtlich weiterhin in der Familie, die nach Joseph A. Schumpeters berühmter Formulierung ohnehin das „eigentliche Subjekt“ der sozialen Klassenbildung ist. Die nachgewiesene Leistungsfähigkeit bleibt weiterhin das Eintrittsbillet in den Mobilitätsfahrstuhl. Diese Leistungsfähigkeit muss mit Hilfe generalisierbarer Kriterien beurteilt werden. Zu der nachgewiesenen Expertise des Handwerkers, Facharbeiters und Angestellten gibt es ebenso we-

nig eine überlegene Alternative wie zum System der Universitätsdiplome, zum vielfach kritisierten, aber bewährten Berechtigungs- oder Zertifikatswesen.

In beiden Fällen hängt der Erfolg nicht nur von der individuellen Leistungsfähigkeit, sondern von

der Offenheit der Ausbildungssysteme ab. Sie stellt sich nicht durch wohlwärtige gesellschaftliche Mechanismen von selber ein, sondern muss durch eine weitsichtige Politik gefördert werden.

Erfolg hängt nicht nur von der individuellen Leistungsfähigkeit, sondern von der Offenheit der Ausbildungssysteme ab. Sie stellt sich nicht durch wohlwärtige gesellschaftliche Mechanismen von selber ein, sondern muss durch eine weitsichtige Politik gefördert werden.

Die Aufstiegs-gesellschaft – warum wir sie brauchen und was uns von ihr trennt

von Stefan Hradil

Deutschland ist in mehrfacher Hinsicht im Begriff zu erstarren. Diese Sklerose betrifft manche Organisationen (zum Beispiel Organisationen des Bildungswesens) und manche rechtlichen Regelungen (zum Beispiel im Arbeitsrecht). Von Erstarrung befallen sind aber auch die Aufstiege aus den unteren Schichten unserer Gesellschaft. Darauf will ich mich im Folgenden konzentrieren. Denn es steigen sogar immer weniger Menschen in die gesellschaftliche Mitte auf. Diese Chance steht ihnen auch immer seltener vor Augen. Viele Arbeiter sind heute schon zufrieden, ihre derzeitige Stellung behalten zu können. Das ist ein Missestand.

Die Aussicht, aufgrund der eigenen Tüchtigkeit aufsteigen zu können, motiviert die Menschen und gibt ihnen das Gefühl, in einer gerechten Gesellschaft zu leben. Für die Gesellschaft sind soziale Aufstiege eine Quelle der Integration, der Produktivität und der Innovation. Umso bedenklicher ist es, dass Aufstiegschancen als Teil der individuellen Lebensführung und der sozialen Gerechtigkeit in letzter Zeit viel weniger beachtet werden als etwa die Absicherung durch sozialstaatliche und tarifvertragliche Regelungen. Das sollte uns veranlassen, die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs zu verbessern und in den Vordergrund zu rücken.

Erstarrter Aufstieg

Beginnen wir mit einigen Daten: Die 1940er- und 1950er-Jahre waren für die meisten Deutschen gewiss keine „gute Zeit“. Gleichwohl hatten die Männer, die 1940 geboren wurden und in Krieg und Nachkriegsnot aufwuchsen, eine doppelt so große Chance, in die gehobene Mitte der Führungskräfte und hochqualifizierten Spezialisten aufzusteigen als die 1971 geborenen Männer.¹ Die 1971 Geborenen wuchsen, ganz anders als der Geburtsjahrgang 1940, im Wohlstand auf. Dies änderte an ihren schlechteren Aufstiegschancen nichts. Es passt ins Bild dieser Aufstiegsblockade, dass die Selbstrekrutierungsrate der Facharbeiter seit den 1970er-Jahren ansteigt. Von 100 westdeutschen Facharbeitern hatten in den 1970er-Jahren 46 einen Facharbeiter zum Vater. Heute sind es über 50.²

Betrachten wir nach dem beruflichen Aufstieg den Einkommensaufstieg: Der Anteil der extremen Aufsteiger, die innerhalb von vier Jahren vom untersten in das zweithöchste Fünftel der Einkommensbezieher gelangten, stieg in den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren deutlich an. Er sank aber danach rapide ab, von über 8 Prozent auf 5 Prozent und schließlich (2003–2006) auf 3,6 Prozent. Für die nicht ganz so extremen Einkommensaufsteiger, die es innerhalb von vier Jahren vom zweitniedrigsten in das zweithöchste Fünftel schafften, sanken die Chancen erst

¹ Karl Ulrich Mayer und Silke Aisenbrey, „Variations on a theme: trends in social mobility in (West) Germany for cohorts born between 1919 and 1971“, in: Social Stratification, Education and the Life Course, Markus Gangl, Reinhard Pollak, Gunnar Otte und Stefani Scherer (Hrsg.), 2007, S. 142.

² Statistisches Bundesamt und Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Datenreport 2008: Der Sozialbericht für Deutschland, 2008, S. 181.

ab 1997, dann aber ebenfalls deutlich, von 11 Prozent auf unter 8,8 Prozent.

Was seit Mitte der 1980er- und während der gesamten 1990er-Jahre jedoch anstieg, waren die Anteile Jener, die stabil in ihrer jeweiligen Einkommensstufe verharrten. Dies gilt für alle Einkommensquintile. Vier Jahre lang stationär im zweiten, im dritten oder im vierten Einkommensquintil blieben Mitte der 1980er-Jahre erst ein gutes Drittel der jeweiligen Gruppe, in den letzten Jahren (2003 – 2006) schon 44,7 Prozent bzw. 42,4 Prozent bzw. 45,4 Prozent der Menschen im jeweiligen Quintil. Klarer kann man Erstarrung nicht messen.³

Damit keine Missverständnisse entstehen: Nicht die Aufstiege insgesamt sind in Deutschland zurück gegangen. Sie sind in bestimmten Zonen sogar gestiegen, zum Beispiel die Mobilität aus der Mittelschicht nach oben. Die Intergenerationen-Mobilität ist in Deutschland auch nicht außergewöhnlich gering. Die Karrieremobilität schon.

Die Mitte als Aufstiegsziel

Wohl aber geht der Aufstieg in die Mitte zurück. Was das bedeutet, wird erst klar, wenn man zum Vergleich in die Nachkriegszeit zurück geht. Wiederaufbau und Technisierung ließen in den 1950er und 1960er Jahren die Mittelschichten schnell wachsen und überdurchschnittlich wohlhabend werden. Das zunehmende Angebot an Positionen der gesellschaftlichen Mitte schuf einen Aufstiegszog und ermöglichte vielen tüchtigen und aufstrebenden Facharbeitern und Bauern den gesellschaftli-

³ Ebd., S. 170.

chen Aufstieg. Oft stiegen sie selbst dann auf, wenn sie nicht über die entsprechende formelle Ausbildung verfügten. Sie wurden schlicht gebraucht. Die Mitte war das begehrte Ziel gesellschaftlichen Aufstiegs, das oft auch erreicht wurde. Das signalisierte der breiten Bevölkerungsmehrheit bis in die 1970er Jahre hinein, dass die deutsche Gesellschaft gerecht war und „dem Tüchtigen freie Bahn“ öffnete. Auf diese Weise hielten Aufstiege die westdeutsche Gesellschaft zusammen, materiell und immateriell.

Die Mitte war das begehrte Ziel gesellschaftlichen Aufstiegs, das oft auch erreicht wurde. Das signalisierte der breiten Bevölkerungsmehrheit bis in die 1970er Jahre hinein, dass die deutsche Gesellschaft gerecht war und „dem Tüchtigen freie Bahn“ öffnete.

Trotz erster wirtschaftlicher Rezessionen wuchs in den 1970er und 1980er Jahren das Arbeitsplatzangebot in der gesellschaftlichen Mitte weiter an. Angestellte und Beamte machten einen immer höheren Anteil an den Erwerbstätigen aus. Auch die finanzielle Lage der gesellschaftlichen Mitte blieb in den 1970er und 1980er Jahren vorteilhaft. Eine ausgebaut soziale Sicherung befreite von materiellen Sorgen. Auch im Falle von Krankheit und Arbeitslosigkeit blieb der Lebensstandard weitgehend erhalten. Die Mitte war so auch in der Wohlstandsphase der 1970er und 1980er Jahre ein begehrtes Aufstiegsziel, weil sie prosperierte, und blieb ein realistisches Aufstiegsziel, da sie wuchs.

Steigende Unzufriedenheit der Mitte

Seit Mitte der 1960er Jahre stiegen jedoch die technologischen und ökonomischen Ansprüche an die Arbeitenden immer mehr an. Höhere formale Qualifikationen wurden unerlässlich für einen Platz in den Mittelschichten. Die Bildungsexpansion der 1970er und 1980er Jahre sorgte dafür, dass diese Qualifikatio-

nen ausreichend zur Verfügung standen. Die Bildungsexpansion trug zum weiteren Wachsen der gesellschaftlichen Mitte bei.

Schon damals zeigte sich aber, dass die Kinder der unteren sozialen Schichten relativ schlechte Chancen hatten, höhere Bildungsabschlüsse zu erlangen, die nunmehr unerlässlich für den Aufstieg in die gesellschaftliche Mitte waren. Unter anderem deswegen wurde Mitte der 1960er Jahre die „Bildungskatastrophe“

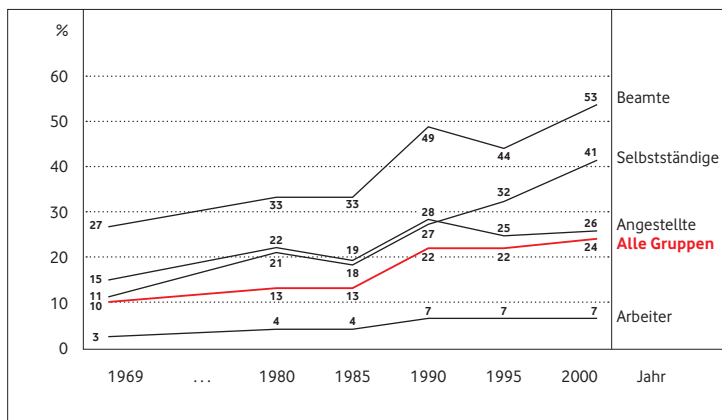


ABB. 1: STUDIENANFÄNGERQUOTEN AN UNIVERSITÄTEN NACH DEM BERUF DES VATERS IN WESTDEUTSCHLAND 1969 BIS 2000.⁴

⁴ Daten 1969: Eike Ballerstedt und Wolfgang Glatzer, Soziologischer Almanach – Handbuch gesellschaftlicher Daten und Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1978, S. 299; Daten 1980-1985: BMBW (Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft), Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Bonn 1986, S. 103; Daten 1985-2000: BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung), Berufsbildungsbericht 2001, S. 88, 98.

ausgerufen. An dieser Chancenungleichheit änderte sich seither wenig. Es wurde deutlich, dass die gesellschaftliche Mitte sich in erheblichem Maße aus sich selbst rekrutiert.

Seit den 1990er Jahren wachsen in der gesellschaftlichen Mitte Unzufriedenheit und Besorgnisse, insbesondere unter qualifizierten und hochqualifizierten Angestellten. Die Angst kletterte sozusagen die Bürotürme hoch. Das ist neu. Sorgen im Hinblick auf Abstieg, Arbeitslosigkeit und Einkommensverlust finden sich bei un- und angelernten Arbeitern, wo sie schon immer verbreitet waren, kaum noch häufiger als in der gesellschaftlichen Mitte.

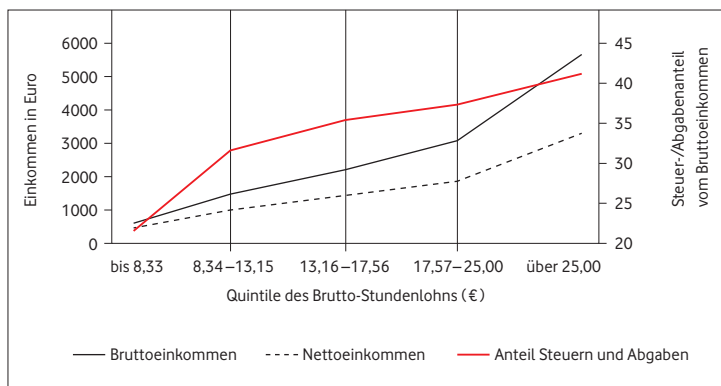


ABB. 2: ABSCHÖPFUNG UND RELATIVE BELASTUNG DURCH STEUERN UND ABGABEN IN FÜNF EINKOMMENSGRUPPEN.⁵

⁵ Stefan Liebig und Jürgen Schupp, „Gerechtigkeitsprobleme im Wohlfahrtsstaat: Besteuerung, wohlfahrtsstaatliche Transfers und die Gerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens“, in: SOEPpapers 17, 2007, S. 17.

Nicht alle dieser Sorgen der gesellschaftlichen Mitte sind berechtigt. So bleibt z.B. ihr Arbeitslosigkeitsrisiko nach wie vor unter 4 Prozent und ist damit immer noch gering. Aber einige Befürchtungen der gesellschaftlichen Mitte haben schon einen realen Hintergrund: So werden die Arbeitszeiten vielfach länger und teilweise geradezu familienunverträglich. Der Bevölkerungsanteil der gesellschaftlichen Mitte stagniert. Die Nettoeinkommen stagnieren relativ zu unteren Schichten. Denn die Belastungen durch Steuern und Sozialabgaben haben gerade in der gesellschaftlichen Mitte zugenommen.

Die Sozialpolitik sichert immer weniger den bisherigen Lebensstandard und immer mehr nur das Existenzminimum. Typisch hierfür ist die Einführung des Arbeitslosengeldes II. Das vermehrt gerade in der gesellschaftlichen Mitte die Sorgen. Denn die Mitte hat im Falle längerer Arbeitslosigkeit nun viel mehr zu verlieren als etwa die Arbeiterschicht.

Verminderter Aufstieg in die Mitte

Die dargestellten Veränderungen stellen sicher keine Umwälzung dar. Die Mittelschichten verelenden nicht. Aber was soziale Aufstiege betrifft, so ist der soziale Wandel bedeutsam: Stagnieren die Lebensbedingungen der Mittelschichten im Vergleich zu den unteren Schichten, muss man in der Mittelschicht im Vergleich immer länger arbeiten, um den Nettolohnabstand

zu unteren Schichten zu erhalten, so verblasst das Aufstiegsziel Mittelschicht. Stagniert der Anteil der Mittelschichten an den Erwerbstätigen, so schwächt sich der strukturelle Aufstiegszog ab, der sich in

Stagniert der Anteil der Mittelschichten an den Erwerbstätigen, so schwächt sich der strukturelle Aufstiegszog ab, der sich in Deutschland jahrzehntelang durch wachsende Mittelschichten ergeben hatte.

Deutschland jahrzehntelang durch wachsende Mittelschichten ergeben hatte.

Sozialer Aufstieg, diesen Schluss lassen die gezeigten Entwicklungen zu, wird seit den 1990er Jahren immer weniger wünschenswert, weil das Ziel immer weniger attraktiv ist, und weniger realistisch, weil die Zielgruppe kleiner wird. Die eingangs vorgestellten Daten zur Aufstiegsmobilität zeigen, dass diese Schlussfolgerung der Realität genau entspricht. Soziale Aufstiege in die Mitte nehmen ab.

Chancenungleichheit in der Bildung

Der Schlüssel zum sozialen Aufstieg heißt eindeutig Bildung. Ein 35-Jähriger, der über einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss verfügte, hatte in den letzten Jahrzehnten eine etwa zwölfmal so große Chance, in die Mitte aufzusteigen, als der Absolvent eines Mittleren Bildungsabschlusses (mittlere Reife mit oder ohne Ausbildungsabschluss).⁶ Die Bildungsbarrieren für Kinder der unteren Schichten (einschließlich Migrantenkinder) sind in Deutschland jedoch höher als in allen anderen entwickelten Ländern.⁷

⁶ Mayer/Aisenbrey 2007, S. 142.

⁷ Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands*, Wiesbaden 2006, S. 273–300; Stefan Hradil, *Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich*, Wiesbaden 2006, S. 129–166.

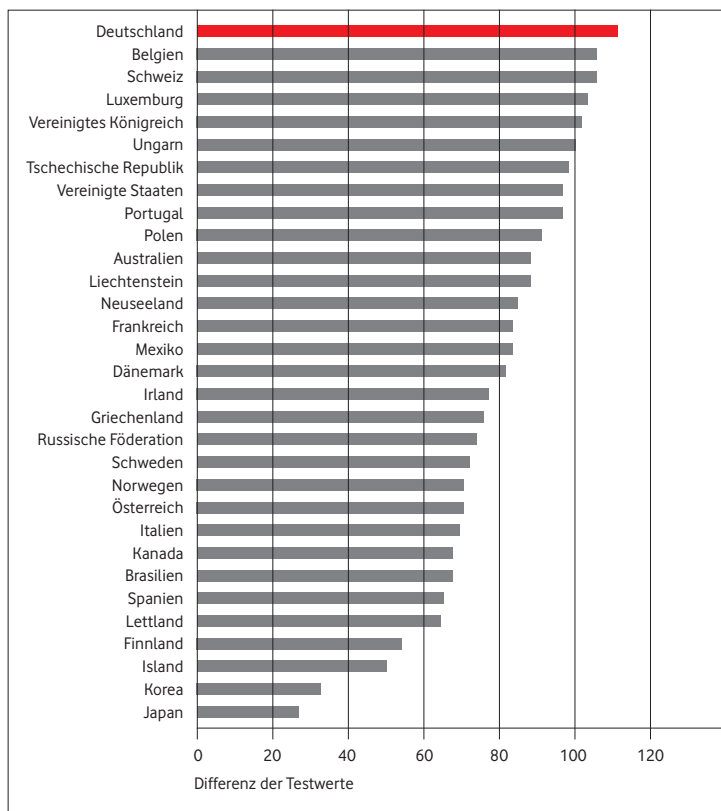


ABB. 3: UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DER LESEKOMPETENZ VON 15-JÄHRIGEN AUS FAMILIEN DES OBEREN UND DES UNTEREN VIERTELS DER SOZIALSTRUKTUR IN OECD-LÄNDERN 2000.⁸

⁸ Petra Stanat u.a., PISA 2000: Die Studie im Überblick, 2002, S. 12.

Daraus wird verständlich, warum Kinder von Eltern der oberen Mittelschicht heute eine ca. 20-mal (und 1970 26-mal) so große Chance haben wie Kinder von Facharbeitern, die obere Mittelschicht zu erreichen.⁹ „Diese großen Chancenungleichheiten sind charakteristisch für Deutschland. Im Vergleich mit anderen industrialisierten Ländern weist Deutschland mit die höchsten Chancenungleichheiten auf.“¹⁰

Desintegration durch Chancenungleichheit

Mancher mag einwenden, dass auch eine Gesellschaft bestehen könne, in der Kinder in der Regel der gleichen Schicht wie ihre Eltern angehören. Das trifft jedoch heute nicht mehr zu. In modernen Gesellschaften sind individuelle Leistung und gleiche Chancen, die individuelle Leistungsfähigkeit zu entwickeln, das vorrangige Kriterium, um gesellschaftliche Positionen legitim zu erlangen. Mangelt es an Leistungs- und/oder an Chancengerechtigkeit, so wird das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen verletzt und ihre Motivation untergraben. Das erzeugt Konflikte und gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft im Ganzen.

Und diese Desintegration geschieht in einer Situation, in der fast alle herkömmlichen Bindeglieder schwächer werden, die moderne Gesellschaften zusammen halten.

Gemeinsame Werthaltungen und Kulturmuster, die traditionellen Bindemittel von Gesellschaften, wie eine gemeinsame Sprache, gemeinsame Sitten und eine gemeinsame Religion, erodieren durch Zuwanderung, durch die Auffächerung von Le-

⁹ Datenreport 2008, S. 185.

¹⁰ Reinhard Pollak, in: Datenreport 2008, S. 185.

bensstilen, von Lebensformen, von sozialen Milieus sowie durch Individualisierungsprozesse.

Moderne Gesellschaften halten zusammen, weil sie sich funktional ausdifferenzieren und die jeweils spezialisierten Teile immer mehr aufeinander angewiesen sind. Gewerkschaften wissen zum Beispiel, dass sie nur noch bestimmte Zulieferer bestreiken müssen, um die gesamte Automobilindustrie lahm

Viele Daten weisen darauf hin, dass sozialstaatliche Umverteilung immer weniger in der Lage ist, Disparitäten zu überbrücken und Randlagen zu vermeiden.

zu legen. Aber: Sind in postindustriellen Dienstleistungsgesellschaften wirklich noch alle Komponenten aufeinander angewiesen? Werden zum Beispiel viele der gering qualifizierten Erwerbstätigen wirklich noch gebraucht? Werden bestimmte Standardindustrien oder große Teile der einheimischen Landwirtschaft

noch wirklich benötigt? In dem Maße, in dem die Antwort „nein“ heißt, wird aber auch das integrierende Band des Aufeinander-Angewiesen-Seins brüchig.

Der Sozialstaat hält moderne Gesellschaften zusammen, indem er umverteilt. Die Unterstützung von Schwachen und Verlierern integriert, weil die Befriedigung von Grundbedürfnissen und das Anstreben von sozialer Gleichheit als „gerecht“ gelten. Allerdings wird auch dieser sozialstaatliche Kitt bröckelig. Viele Daten weisen darauf hin, dass sozialstaatliche Umverteilung immer weniger in der Lage ist, Disparitäten zu überbrücken und Randlagen zu vermeiden. Dafür sorgen unter anderem die Standortkonkurrenz im globalen Wettbewerb und die demografischen Herausforderungen. Zudem erzeugt forcierte sozialstaatliche Umverteilung, mag sie auch integrieren, wirtschaftliche

„Flurschäden“. Die wichtigsten hierunter sind Beschäftigungsrückgang und Arbeitslosigkeit sowie Auswanderung der Qualifiziertesten.

Integration durch Aufstiegs Wettbewerb

Wenn die bisher genannten Integrationsmechanismen schwächer werden, dann sollte man sich daran erinnern, dass auch Wettbewerb und Aufstiegsstreben in der Lage sind, eine Gesellschaft zusammen zu halten. Dieses Mittel, den Zusammenhalt zu fördern, ist zudem von sehr förderlichen Nebenwirkungen begleitet. Es spornt die Menschen an, fördert ihre Autonomie und stärkt die Wohlfahrt des Gemeinwesens.

Manches am Integrationsmechanismus „Wettbewerb um Aufstieg“ läuft dem zuletzt genannten Integrationsmittel „sozialstaatliche Umverteilung“ geradezu entgegen. Aufstiegsstreben hält die Gesellschaft nicht durch die Beseitigung, sondern durch die Anerkennung von Statusunterschieden zusammen. Und nicht das Bild eines passiven und empfangenden, sondern eines aktiven, selbstbewussten und leistenden Menschen bildet das Fundament. Vor allem hebt sich der Integrationsmechanismus des Wettbewerbs um Aufstieg von dem sozialstaatlichen dadurch ab, dass er ungemein produktiv, also Werte schaffend und nicht Werte verzehrend ist.

Allerdings müssen wenigstens drei Voraussetzungen gegeben sein, damit Wettbewerb und Aufstiegsstreben zum Zusammenhalt einer Gesellschaft beitragen können.

Erstens müssen die Wettbewerber insgesamt realistische Möglichkeiten für einen sozialen Aufstieg sehen. Die Aufstiegsmöglichkeiten sollten so zahlreich sein, dass ein erheblicher Anteil der Wettbewerber aufsteigen kann. Wenn ihnen von vorn-

eherein klar ist, dass am Ziel der Aufstiegsbestrebungen nur für wenige Platz ist, verbreitet sich der Eindruck, die Mühe lohne nicht.

Zweitens müssen die Konkurrenten davon überzeugt sein, dass die Aufstiegsregeln transparent und für alle gleich sind. Dies betrifft insbesondere die Leistungsdefinitionen und -messungen in Schule und Beruf.

Drittens sollten die Wettbewerber das Gefühl haben, dass hinreichend gleiche Aufstiegsvoraussetzungen bestehen. Die Chance, die eigenen Leistungspotenziale zu entwickeln und Anerkennung für erbrachte Leistungen zu finden, sollen erkennbar für alle annähernd gleich sein. Das heißt nicht unbedingt, dass alle Startbedingungen in der Kindheit der Menschen gleich sein müssen. Das heißt aber wohl, dass Teilen der Wettbewerber keine kollektive Diskriminierung, institutionelle Unfairness oder systematische Bildungsbarriere entgegen stehen dürfen. Sonst wird der Wettbewerb um Aufstieg von der zentripetalen zur zentrifugalen Kraft.

Aufstiegsförderung

An wen richtet sich eine Politik der Aufstiegsförderung? Unter den Erwerbstätigen der gesellschaftlichen Mitte in Deutschland finden sich – verglichen mit anderen modernen Ländern – besonders wenige Frauen, sehr wenige Menschen, die aus unteren Schichten stammen und noch weniger Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Hinweise zeigen, wessen Aufstieg zu fördern sein wird.

Wie kann der Aufstieg dieser sozialen Gruppen gefördert werden? Auf der Seite der Arbeitsplätze sollte der Zielbereich des Aufstiegs, die Mittelschichten also, verbreitert und attrak-

tiver gemacht werden. Dazu sind Wirtschaftszweige im Dienstleistungsbereich mit anspruchsvollen Aufgaben zu fördern. Dazu sind ferner die Belastungen der mittleren Schichten in finanzieller Hinsicht und im Hinblick auf die Arbeitszeiten zu senken.

Eine Politik der Aufstiegsförderung sollte den Menschen vermitteln, wie wenig Zukunft eine Politik hat, die die Menschen lediglich gegen die Risiken der Globalisierung und des Marktes abzusichern versucht und umverteilt.

Auf Seite der Personen sind Veränderungen dringlicher. Hier liegen die Engpässe. Eine Politik der Aufstiegsförderung sollte den Menschen vermitteln, wie wenig Zukunft eine Politik hat, die die Menschen lediglich gegen die Risiken der Globalisierung und des Marktes abzusichern versucht und umverteilt. Sie ist nicht zu finanzieren und sie kuriert an Symptomen. Sie vermittelt auch nur vordergründig ein Sicherheitsgefühl. Dies erwächst nachweislich mehr aus der eigenen Kraft, sich behaupten und erfolgreich bestehen zu können, und weniger aus der Zuversicht, dass eine äußere Macht für mich sorgen wird. Diese Abkehr von der Priorität wohlfahrtsstaatlicher Absicherung ist notwendig, auch wenn die verstärkten Sorgen der Menschen verständlicherweise oft danach verlangen.

Eine Politik, die den Menschen selbst die Ressourcen an die Hand gibt, um in Markt und Globalisierung bestehen zu können, ist dagegen nachhaltig. Denn sie investiert und sie setzt an Ursachen an. Als Mittel einer aufstiegsorientierten Politik sind mehr Bildung, mehr Bildungschancen und mehr Weiterbildung gerade auch in bildungsfernen Milieus vordringlich. Einer Aufstiegs-gesellschaft dienen aber auch bürgerliche Aktivitätsräume in Gemeinde und Nachbarschaft, sowie Elemente direkter Demokratie.

Eine Politik der Aufstiegsförderung, die den genannten Voraussetzungen entspricht, ist in der Lage, manche Erstarrung zu lösen, unter denen unser Land heute noch leidet. Sie würde den Menschen Ziele vor Augen führen, ihnen Aktionsräume für ihr eigenes Fortkommen und für die Gestaltung des Gemeinwens schaffen, ihnen letztlich mehr Freiheit und zugleich mehr Sicherheit als heute geben. Sie würde auch längerfristig Politik und öffentliche Kassen entlasten. Eine Politik des Aufstiegs wäre in letzter Konsequenz nicht eine Politik *für*, sondern *durch* die Menschen.

Die Spaltung der Gesellschaft

von Heinz Bude

Die Polarisierungsthese ist einer der wichtigsten Orientierungspunkte für die Abmessung des sozialen Wandels in allen Gesellschaften des OECD-Raumes.¹ Die unaufhörliche Intensivierung der Wertschöpfung,² die fortschreitende Tertiarisierung der Wirtschaft,³ die wachsende Vernetzung der Produktionsketten,⁴ die zunehmende Subjektivierung des Arbeitsvermögens⁵ sowie die unumkehrbare Demografisierung der sozialen Problemlagen⁶ führen demnach zu einer Teilung der Erwerbstätigen in zwei Gruppen.

Die Polarisierungsthese: „Verlierer“ und „Gewinner“?

Der einen Gruppe, die von diesem sozioökonomischen Strukturwandel profitiert, steht eine andere Gruppe gegenüber, die in jeder Hinsicht, insbesondere was die materielle Entlohnung, die soziale Absicherung und die politische Berücksichtigung betrifft, das Nachsehen hat.⁷ Auf der sonnigen Seite befinden sich die umworbenen und gehegten Kernbelegschaften, die über produktive Qualifikationen und spezielle Erfahrungen verfügen, was sie besonders für die Unternehmen der exportorientierten Hochproduktivitätsökonomie (in Deutschland in erster Linie Werkzeugmaschinenbau, Systemtechnik und natürlich das

ganze Cluster der Automobilindustrie) unverzichtbar macht, so wie locker daher kommende Selbstständige mit hohem Potential an systemanalytischen Kompetenzen und globalem Netzwerkzugriff,⁸ die schnell und flexibel an entscheidenden Stellen von innovativen Unternehmensprojekten eingesetzt werden.

Im Schatten dieser selbstbewussten, eigenaktiven und verhandlungsstarken Erwerbstätigen müssen sich Randbelegschaft

-
- 1 Vgl. etwa die beiden Zukunftsszenarien der Prognos AG – „Deutschland Report 2030“, der auf über 700 Seiten die aus Sicht des Instituts wahrscheinliche Entwicklung für die deutsche Gesellschaft aufzeigt, sowie „Arbeitslandschaften 2030“, der vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels die zukünftigen Arbeitsplätze und Arbeitskräfte in Deutschland skizziert.
 - 2 Ralf Reichwald, Frank Thomas Piller und Frank Piller, Interaktive Wertschöpfung. Open Innovation, Individualisierung und neue Formen der Arbeitsteilung, Wiesbaden 2006.
 - 3 Christoph Deutschmann, Postindustrielle Industriosociologie, Weinheim und München 2002.
 - 4 Ulrich Jürgens (Hrsg.), New Product Development and Production Networks, Berlin 2000.
 - 5 Günter G. Voß und Hans J. Pongratz, „Der Arbeitskraftunternehmer. Eine Grundform der ‚Ware Arbeitskraft?‘“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 50, 1998, S. 131-158, Heiner Minssen, Von der Hierarchie zum Diskurs? Die Zumutungen der Selbstregulation, München und Mering 1999; Heiner Minssen (Hrsg.), Begrenzte Entgrenzungen. Wandlungen von Organisation und Arbeit, Berlin 2000.
 - 6 Ursula M. Staudinger u.a., Gewonnene Jahre. Empfehlungen der Akademiegruppe Altern in Deutschland, Halle (Saale) 2009.
 - 7 Daniel Oesch, Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland, Basingstoke 2006.
 - 8 Das ist die systemanalytische Intelligenz von Robert B. Reich, Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomien, Frankfurt a. M. 1996 (amerikanisch zuerst 1991).

ten zurechtfinden, die zur Ergänzung und Überbrückung der marktabhängig gesteuerten Produktionsabläufe eingestellt werden. Sie verfügen über solide, aber nicht unverzichtbare Qualifikationen und sehen sich auf dynamische Arbeitsmärkte geworfen, die in Abhängigkeit vom konjunkturellen Verlauf schwanken. Aber immerhin können sie sich, wenn auch temporär, als nachgefragt und nützlich fühlen. Hinten im Dunkeln stehen die „unternehmerischen Einzelnen“, für die das persönliche Unternehmertum einen letzten Rettungsanker bildet.⁹ Sie betätigen sich vor allem in Dienstleistungsbereichen, die wenig Betriebskapital erfordern, sowie als Erbringer einfacher personenbezogener Dienstleistungen für die „High Potentials“ der Produktivitätssteigerung und der Komplexitätsgewährleistung.¹⁰

Die Kernbelegschaften verkörpern das konstitutive industrielle Wissen eines Unternehmens; die hoch qualifizierten Selbstständigen werden einerseits für die Aufrechterhaltung möglichst verlässlicher und sicherer Abläufe und andererseits für die Schaffung und Verbreitung von Information und Wissen benötigt. Beiden Gruppen muss man etwas bieten, damit sie beim Unternehmen bleiben oder sich für ein Projekt engagieren.¹¹ Sie wünschen sich differenzierte Fortbildungsprogramme, die nicht allein auf spezielle Fertigkeiten, sondern mehr noch auf generelle Schlüsselqualifikationen gerichtet sind, sowie intelligente Wiederein-

⁹ In der Hartz IV-Rhetorik sind das die „Ich-AGs“.

¹⁰ So argumentiert Saskia Sassen, *Metropolen des Weltmarkts. Die neuen Rollen der Global Cities*, Frankfurt a. M./New York 1997, mit ihre These von den Dualisierung der „global cities“.

¹¹ Sonja Bischoff, *Wer führt in (die) Zukunft?*, Gütersloh 2005.

stiegsmodelle nach Babypausen und Selbsterforschungsschleifen. Wegen der wachsenden Erwerbsbeteiligung gerade höher qualifizierter Frauen werden sie in der Zukunft aber noch zusätzlich bedarfsgerechte Kinderbetreuungs- und Kinderbildungsangebote fordern und, was man aus Gründen der Alterung unserer Gesellschaft nicht unterschätzen darf, Angebote zur Pflege ihrer hochbetagten Angehörigen.¹² Hier können sich Unternehmen in der Zukunft gerade für ihre begehrten Mitarbeiter und vor allem Mitarbeiterinnen leuchtende Alleinstellungsmerkmale zulegen.

Für die Frage der arbeitsweltlichen Polarisierung sind diese Tendenzen wichtig. Denn hinsichtlich der Möglichkeiten, Berufstätigkeit und Familienleben zu vereinbaren, bieten weder die bekannten Großunternehmen noch der lokal verankerte Mittelstand seinen Randbelegschaften ähnlich gute Bedingungen wie den Kernteams. Erwerbstätige mit mittleren oder nur geringen Qualifikationsnachweisen sind weitgehend auf öffentliche Kinderbetreuung angewiesen, die in Deutschland besonders in den Bundesländern mit hoher Wertschöpfung nur eingeschränkt vorhanden ist. Gäbe es in diesen Bundesländern die konfessionellen Kindergärten nicht, wären sie vollends auf sich allein gestellt. Noch schwieriger sehen die Verhältnisse aus, wenn man in einer Familie mit prekären Beschäftigungsverhältnissen einen dementen Vater oder eine hochbetagte Mutter zu versorgen hat. In Zukunft werden vor allem gering und mittel qualifizierte Frauen viel Zeit für die häusliche Pflege und Betreuung hilfebedürftiger

¹² Hans-Peter Blossfeld und Heather Hofmeister, *Globalization, Uncertainty and Women's Careers*, MPG Books 2008, S. 449.

älterer Angehöriger aufwenden, was zu längerfristigen Erwerbsunterbrechungen, eingeschränkten Erwerbszeiten und fehlender Weiterqualifikation führt. Wer von Hause aus schon benachteiligt ist, erfährt durch den demografischen Wandel dann noch eine weitere Benachteiligung.

Bei den „unternehmerischen Einzelnen“ mit Allerweltsqualifikationen gestaltet sich die Lage noch aussichtsloser. Sie füllen die Randbelegschaften auf, verdingen sich bei Billigläden oder sind fürs Säubern, Sichern und den Service in der Büros und Labors der Abteilungen für Forschung und Entwicklung zuständig. Dabei nimmt die Mehrfachbeschäftigung zu.¹³ Zwischen ihren Jobs müssen sie immer wieder Zeiten ungewollter Beschäftigungslosigkeit überbrücken, die sie eigentlich zur Pflege ihrer Netzwerke und zum Erhalt ihrer Kompetenzen nutzen müssten. Aber die zwischenzeitlich im Persönlichen und Privaten angehäuften Probleme lassen ihnen dafür kaum die Zeit und Energie. Nicht zuletzt aufgrund ihrer Einkommenssituation sind ihre Möglichkeiten, finanzielle Vorsorge fürs Alter und für den Ruhestand zu treffen, sehr beschränkt. Sie powern sich aus und müssen trotzdem bis ins höhere Alter im Backshop oder in der Putztruppe Geld für den täglichen Unterhalt verdienen. Der Ort der Proletarisierung ist heute daher nicht mehr in erster Linie die Industrie, sondern die Dienstleistung.¹⁴

¹³ Der IAB-Kurzbericht „Mehrfachbeschäftigung: Ein Job ist nicht genug“ steht zum kostenlosen Download bereit unter <http://doku.iab.de/kurzber/2006/kb2206.pdf>

¹⁴ Siehe etwa Gosta Esping-Andersen, *Changing Classes: Stratification and Mobility in Post-industrial Societies*, London, Newbury Park, New Delhi 1993; Daniel Oesch, *Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland*, Basingstoke 2006.

Der Begriff der Sozialen Exklusion

So sehr dieses Bild auch einleuchtet, weil es unsere Vorstellungen über die glorreichen Gewinner und der geschlagenen Verlierer des wirtschaftlichen Strukturwandels bekräftigt – es bleibt doch eindimensional und undynamisch. Es beruft sich allein auf die Veränderungen an der sozioökonomischen Basis und unterstreicht die Auffassung einer stabilen Klassenteilung unserer Gesellschaft. Auf längere Sicht sind es danach immer dieselben, die die Nase vorn oder eben das Nachsehen haben. Das hervorstechende Merkmal von potentiellen Gewinnern und Verlierern ist der Bildungsabschluss.¹⁵ Insofern ist es plausibel, dass die politische Gegensteuerung gegen diese Polarisierungslogik in erster Linie die Erweiterung und Vertiefung der Bildungsbeteiligung im Auge hat. Hohe Bildung garantiert gute Arbeit.

Was diesem Bild freilich entgeht, sind die dynamischen Verhältnisse sozialer Ungleichheit, bei denen Gruppen abstürzen, die sich das nie haben vorstellen können, und Gruppen nach vorne kommen, die von ihren Ausgangsvoraussetzungen als durchaus benachteiligt erscheinen. Eine genaue Analyse der Spaltungsprozesse in der Gegenwartsgesellschaft muss sich daher mit den multiplen Determinationen sozialer Platzierungsprozesse befassen. Kein anderer als Pierre Bourdieu hat mit seiner Vorstellung der zwei Dimensionen des sozialen Raumes dafür eine analytische Perspektive geliefert:¹⁶ Es gibt demnach die

¹⁵ Ein Beleg unter vielen anderen: „Statistisches Bundesamt Destatis: Niedrige Bildung schmälert Arbeitsmarktchancen erheblich“, Pressemitteilung Nr. 333, 5. September 2008.

¹⁶ Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a. M. 1987, S. 171ff.

vertikale Dimension der sozialen Stufenleiter und die vertikale der Tuchfühlung mit dem sozialen Wandel. Man kann von oben zurückfallen und von unten nach vorn kommen. Diese komplexe Betrachtungsweise ist nicht rein akademischen Ursprungs, sondern entspricht auch neuen Erfahrungen sozialstruktureller Imprägnierungen im Abschied von der Mittelklasseorientierung insbesondere der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Das begriffliche Mittel zur Erfassung dieser paradoxen Logik unwahrscheinlicher Wahrscheinlichkeiten ist der Begriff der *sozialen Exklusion*.¹⁷

Mit diesem in den letzten Jahren prominenter werdenden Begriff, der beispielsweise die Sozialberichterstattung der Europäischen Union anleitet,¹⁸ wird eine transversale Verbindung zwischen den sich abkoppelnden Rändern und der sich durchlöchernden Mitte der Gesellschaft zum Thema gemacht.¹⁹ Exklusionsprozesse können von überall ausgehen und enthalten immer die Bestandteile von Arbeit, Familie oder sozialen Netzwerken, Institution und Körper. Die ursprüngliche Quelle der Vulnerabilität kann in jedem dieser Bereiche liegen. Wichtig ist das Überhandnehmen von spill-off-Effekten in Erleidenskurven, sodass es aus dem fortschreitenden Kontrollverlust kein Entrin-

¹⁷ Heinz Bude und Andreas Willisch (Hrsg.), Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige, Hamburg 2006; dies., Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“, Frankfurt a. M. 2008.

¹⁸ Europäische Kommission, Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung, Brüssel 2004.

¹⁹ Heinz Bude, „Die Überflüssigen als transversale Kategorie“, in: Peter A. Berger und Michael Vester (Hrsg.), Alte Ungleichheiten – neue Spaltungen, Wiesbaden 1998, S. 363-382.

nen mehr gibt:²⁰ Man hat die Überzeugung von der beruflichen Wiederverwendbarkeit verloren, man kommt mit Familie, Partnern, Freunden und Bekannten nicht mehr zurecht, man sieht nur, wie die Ämter einen gängeln und kontrollieren wollen, und schließlich kann man auf eine bestimmte Dosis Alkohol, Tabletten oder andere Stoffe nicht mehr verzichten, um über den Tag zu kommen.

Dabei stellt sich heraus, dass für den Stuserhalt in einem dynamischen Umfeld Strategien wichtiger sind als Ressourcen. So gibt es den Typ des „aktiven Verlierers“,²¹ der alles falsch macht, weil er alles richtig machen will. In der Zeit der Wende haben viele Ostdeutsche angesichts ungeahnter Möglichkeiten alles auf eine Karte gesetzt. Mit Trennung, Ortswechsel und beruflicher Umorientierung haben sie alles von sich geworfen, um sich neu zu erfinden. Zwanzig Jahre später sieht die Bilanz insofern äußerst gemischt aus, als sie feststellen müssen, dass jene, die sich ans Alte gehalten und sich nicht bewegt haben, jetzt nicht selten besser dastehen, als diejenigen, die den Fehler begangen haben, sich aller Rückkehroptionen zu berauben. Manchmal kann offenbar die richtige Wahl darin bestehen, keine Wahl zu treffen.

Und schließlich stößt man auch auf eine eigenständige Rolle des Exklusionsempfindens für die Problematik der Status-

²⁰ Fritz Schütze, „Verlaufskurven des Erleidens als Forschungsgegenstand der interpretativen Soziologie“, in: Hainz-Hermann Krüger und Winfried Marotzki (Hrsg.), *Erziehungswissenschaftliche Biographieforschung*, Opladen 1996, S. 116-157.

²¹ Kai Brauer und Andreas Willisch, „Aktive Verlierer und passive Gewinner. Die Wahrnehmung individueller Aufstiegschancen und ihre integrative Kraft“, in: *Berliner Debatte INITIAL*, Heft 2/3, 1998, S. 117-131.

sicherung. Es lässt sich der Nachweis führen,²² dass es bei gleicher Belastung mit prekären Lebensumständen einen Unterschied für die Lebensbewältigung macht, ob man sich seines gedachten Platzes im gesellschaftlichen Ganzen sicher ist oder ob man von der panischen Frage beherrscht wird, ob es auf einen überhaupt noch ankommt. Daran hängt die Unterscheid zwischen den „Prekären“ und den „Überflüssigen“.

Mit anderen Worten: Man kann auch von höheren Stufen der sozialen Leiter abrutschen, wenn man die falschen Entscheidungen trifft und sich sozial ausgeschlossen fühlt. Die glücklichen Zeiten einer expansiven Mittelstandsnivellierung sind schon länger vorbei, die Spuren von unwahrscheinlichen Statusverlusten und spektakulären Statusgewinnen treten freilich unter den gegenwärtigen Bedingungen einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise deutlicher ins allgemeine Bewusstsein.

Spaltung durch das Wohlfahrtssystem

Der Begriff der *sozialen Exklusion* bezeugt dabei eine Ernüchterung über den Integrationsoptimismus einer kapitalistisch angetriebenen und wohlfahrtsstaatlich gesicherten Industriegesellschaft.²³ So kann man selbst den Wohlfahrtsstaat nicht mehr nur als Integrationsmaschine begreifen. Es waren die sozialdemokratischen Parteien in Europa, die sich in den neun-

²² Heinz Bude und Ernst-Dieter Lantermann, „Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 58, Heft 2, 2006, S. 233-252.

²³ Lutz Leisering, „Desillusionierungen des modernen Fortschrittsglaubens“, in: Thomas Schwinn (Hrsg.), Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung, Frankfurt a. M. 2004, S. 238-266.

ziger Jahren des letzten Jahrhunderts ein Motiv der konservative Wohlfahrtsstaatskritik zu Eigen machten: Das wohlfahrtsstaatliche Schema der individuellen Entschädigung für kollektive Benachteiligung hat unter der Hand eine Kultur der Abhängigkeit erzeugt. Wenn die Demonstration eines Handicaps zur Sicherung wohlfahrtsstaatlicher Sonderleistungen führen kann, erweist sich das wohlfahrtsstaatliche Anrechtssystem als abgeleitete Funktion einer professionell unterstützten „Handikapologie“,²⁴ in dem die subjektiven Anstrengungen nicht mehr nur darauf gerichtet sind, möglichst schnell wieder auf die eigenen Beine zu kommen, sondern darauf, sich eine möglichst komfortable Daueralimentation zu beschaffen. Das ist natürlich kein generelles Gesetz, aber in der Häufung von Einzelfällen liegt durchaus eine allgemeine Tendenz, die insbesondere bei denen, die „hart arbeiten und sich nach den Regeln verhalten“ Fragen über die Effizienz und die Gerechtigkeit des Wohlfahrtsstaates aufwirft.

Der disjunktive Effekt des wohlfahrtsstaatlichen Apparats wird freilich heute im Zeichen einer sich als reformerisch verstehenden „Politik der Aktivierung“ noch verstärkt. In dem Maße nämlich, wie man sich im Bewusstsein der passiv machenden Mechanismen wohlfahrtsstaatlicher Versorgungssysteme auf eine Politik der Mobilisierung brachliegenden Arbeitsvermögens konzentriert hat, hat man als nichtintendierten Effekt der Reform einen Mechanismus der sozialen Spaltung in Gang gesetzt. Unter dem Diktat der Aktivierung entsteht notwendigerweise eine Gruppe von Wohlfahrtsabhängigen, die sich aus

²⁴ Robert Castel, *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Geschichte der Lohnarbeit*, Konstanz 2000, S. 13 ff.

welchen Gründen auch immer nicht aktivieren lassen. Sie bilden dann eine durch den Wohlfahrtsstaat selbst produzierte „Überschusspopulation“, an der noch die wohlmeinendsten Selbsthilfeprogramme abprallen. Sie werden mit billiger Unterhaltung und schlechtem Essen versorgt und schulterzuckend ihrem Schicksal überlassen.

Zu dieser Gruppe gehören nicht nur die Aussortierten wohlfahrtsstaatlicher Verwehrpolitiken, sondern schon die „ausbildungsmüden Jugendlichen“²⁵ in den Bildungssystemen, die ihre Lehrerinnen und Lehrer auf den Hauptschulen und in pädagogischen Bildungswerken zur Verzweiflung bringen. Im Alltag der als „Restschulen“ angesehenen Hauptschulen setzen sie alles daran, zu demonstrieren, dass sie dem pädagogischen Trugschluss nicht auf den Leim gehen, der Lebenserfolg hinge vom formalen Bildungsabschluss ab und der soziale Aufstieg sei eine Frage des individuellen Strebens. Wenn man einem energiegeladenen Jugendlichen aus einem bildungsfernen Elternhaus auch nach Erwerb eines Hauptschulabschlusses nur einen schlecht bezahlten und prekär verfassten Job im Bereich der personenbezogenen Dienstleistung in Aussicht stellen kann, dann ist es nur zu verständlich, dass die Bildungsmotivation kein zentraler Bestandteil seines Selbstverständnisses sein wird. Stattdessen träumen diese Jugendlichen, die in sozial belasteten Stadtteilen aufgewachsen sind, von Formen „spektakulärer Lebensführung“²⁶ in ihren an-

²⁵ Zu diesen „intern Ausgeschlossenen“ Heinz Bude, *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*, München 2008, S. 93ff.

²⁶ Hartmut Häussermann, „Die Krise der 'sozialen Stadt'. Warum der sozialräumliche Wandel der Städte eine eigenständige Ursache für Ausgrenzung ist“, in: Heinz Bude und Andreas Willisch (Hrsg.), *Das Problem der Exklusion*, Hamburg 2006, S. 294-313.

gestammten Quartieren. Diese Träume beziehen sich in der Regel auf das erweiterte System der Drogenökonomie, das für Einzelne bei entsprechender Gewissenlosigkeit und Gewaltbereitschaft in der Tat unwahrscheinliche Lebenschancen bietet. Den meisten gelingt dieser Lebensentwurf natürlich nicht, weshalb sie sich im hilflosen Bestehen auf Respekt und Selbstachtung durch fatale Strategien selbst ins soziale Aus manövrieren.

Diese Entwicklung ist nicht durch eine Erhöhung von Transfersätzen oder durch die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen allein zu bekämpfen. Es braucht vielmehr Strategien der Einbeziehung, die genau an den Strategien der Selbstachtung dieser verlorenen Jugendlichen ansetzen. In den vom Subsidiaritätskonzept aufgerufenen „kleinen Lebenskreisen“ entscheidet sich das Schicksal dieser Heranwachsenden. Dabei ist ein gewisses „charismatisches Quantum“ der lebensweltlichen Mentoren unabdingbar. Es bedarf der glaubhaften Verkörperung einer Alternative, die diesen in Abweichungsspiralen sich verfangenen Jugendlichen einen Sinn von Größe zu vermitteln vermögen.

Spaltung durch Wachstum

Zu dieser Spaltung durch das Sozialsystem des Wohlfahrtsstaates gesellen sich die Phänomene der sozialen Spaltung durch wirtschaftliches Wachstum. Da ist an erster Stelle die „Kompetenzrevolution“²⁷ zu nennen, insbesondere an den industriellen Arbeitsplätzen der exportorientierten Ökonomie. Selbst wenn man heute bei einer der großen Baufirmen anfangen will, muss man über mehr verfügen als nur die Bereitschaft, sich die Hände

²⁷ Michael Vester, Christel Teiwes-Kügler und Andrea Lange-Vester, Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Hamburg 2007.

schmutzig zu machen. Man muss vielmehr einen Sinn für die informationelle Durchstrukturierung von Arbeitsverzügen im hochwertigen Baugewerbe besitzen, um in einem Unternehmen zu reüssieren, das nicht Manpower, sondern „intelligente Konzepte“ des Bauens anbietet. Dem entspricht eine Anstellungspolitik der entsprechenden Unternehmen, die vor allem auf zertifizierte Bildungsabschlüsse achtet und derart einen Verdrängungsprozess nach unten aufrechterhält. Wem keine andere Kompetenz zu eigen ist als absolute Loyalitätsbereitschaft, der wird am Ende nicht einmal mehr als Hausmeister einen Job im „facility management“ bekommen.

Der zweite Aspekt von Spaltung durch Wachstum hängt mit der variablen Geografie der Wertschöpfungsketten zusammen. Wer sich zufällig in einer Region befindet, in der die Branchen zusammenbrechen und die Deindustrialisierung Platz greift, steht in Gefahr, da zurückzubleiben, wo die Arbeit verschwunden ist.²⁸ Auch in Deutschland existieren fragmentierte Industrielandschaften, wo die Orte der Initiative und des Individualismus gar nicht weit entfernt sind von denen der Überflüssigkeit und des Ausschlusses. Als besonders bizarres Bild gelten die postmodernen Tankstellenklaven in Ostdeutschland, in denen die müden, traurigen und trotzigen Jungmänner die gewalttätigen Spiele ihres sinnlosen Zurückgelassenseins zur Aufführung bringen.²⁹

²⁸ So der Titel des Klassikers von William Julius Wilson, *When Work Disappears. The World of the New Urban Poor*, New York 1997.

²⁹ Andreas Willisch, „Drogen am Eichberg oder Feuer im Ausländerheim“, in: *Mittelweg* 36; Jg. 8, Heft 6, 1999/2000, S. 73-87 und generell Alexander Thumfart, *Die politische Integration Ostdeutschlands*, Frankfurt a. M. 2001, über die ostdeutsche „uncivility“.

Ein dritter Aspekt der Spaltung durch Wachstum ergibt sich aus den paradoxen Effekten der Bildungsexpansion, die von besonders wohlmeinenden Bildungspolitikern systematisch ausgeblendet werden. Es stimmt, dass Bildung die Produktivkraft ist, die hinter Technik und Wissenschaft steht. Aber es stimmt eben auch, dass sich durch gesteigerte Bildungsanstrengungen die Gräben vertiefen zwischen denen, die sich als die Avantgardisten des sozialen Wandels vorkommen können und denen, die von eben dieser Veränderung zurückgelassen werden. Wenn es einem auch in Deutschland gelingen würde, nach dem Beispiel Schwedens die Abiturientenquote eines Jahrgangs auf 60 Prozent zu heben, gestaltete sich die Lage für die restlichen 40 Prozent nur noch aussichtsloser. Bildung ist nämlich, wie Fred Hirsch schon Mitte der siebziger Jahre dargelegt hat,³⁰ ein teuflisches Positionsgut, das nur in der Relation seinen Wert entfaltet. Je breiter gestreut die Bildungszertifikate sind, umso weniger Wert haben sie für den Einzelnen. Sie regeln nur noch den Zugang, garantieren aber keinen Status mehr. Extrafunktionale Kompetenzen, die in bildungsnahen und prestigereichen Elternhäusern erworben werden, geben dann unter verschärften Auslesebedingungen den Ausschlag. Das erklärt, warum gerade durch die soziale Öffnung des Bildungssystems seine soziale Selektivität verstärkt wird.

Spaltung durch Migration

Dieser letzte Aspekt verweist auf einen weiteren Komplex sozialer Spaltung, dessen eigentümliche Dynamik nicht aus sozioökonomischen Basisprozessen abgeleitet werden kann – näm-

³⁰ Fred Hirsch, Die sozialen Grenzen des Wachstums. Eine ökonomische Analyse der Wirtschaftskrise, Reinbek bei Hamburg 1980.

lich soziale Spaltung in Folge von Migration. Dabei geht es nicht um kulturellen Parallelismus, unausgeglichene Fertilität oder transnationalen Isolationismus, sondern um die soziale Spaltung in der Migrationsbevölkerung selbst. Binnen zweier Generationen haben sich Teile Deutschlands von einer Auswander- in eine Einwanderergesellschaft verwandelt. Bald wird mehr als die Hälfte der Schulkinder in deutschen Großstädten einen Migrationshintergrund haben.

Aber die Spaltung verläuft nicht zwischen „Biodeutschen“ und solchen mit dem Siegel „nicht-deutscher Herkunft“, sondern zwischen denen, die sich als „Migrationsgewinner“ sehen, und solchen, die sich als „Migrationsverlierer“ fühlen.³¹ Selbst bei lange verweigerter staatsbürgerlicher Gleichstellung und nach wie vor gezwungenem Umgang mit lebenskulturellen Differenzen ist die soziale Integration der Migranten aus den verschiedenen Einwanderungswellen in der Generationenfolge vorangeschritten. Die Bildungserfolge der Kinder liegen beträchtlich über denen der Eltern, und die Erwerbsbeteiligung in der dritten Generation ist verglichen mit der in der ersten Generation von beeindruckenden Statusverbesserungen gekennzeichnet.³² Dieser Mehrheit von Migrationsgewinnern steht allerdings eine unübersichtliche Minderheit von Migrationsverlierern besonders aus den starken Einwanderergruppen gegenüber, die den Anschluss verliert, die sich isoliert und die sich in ihrem Verlierertum teilweise zu radikalisieren scheint.

³¹ Siehe Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (Hrsg.), Migration und Armut – Migrationsgewinner und Migrationsverlierer, Frankfurt a. M. 1994.

³² Zusammenf. Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, 4. Aufl., Wiesbaden 2006, S. 244 ff.

Dahinter steckt eine wenig bedachte, wie man in der Chicagoer Schule sagt, „Naturgeschichte“ des Migrationszyklus: Offenbar ist es für die erste Generation leichter, Chancen zu ergreifen und Ruhe zu bewahren. Man lebt aus der positiven Bilanz der durch Migration verbesserten Lebenslage. Die zumeist aus bäuerlichen Subsistenzwirtschaften stammenden „Gastarbeiter“ der sechziger und siebziger Jahre erlebten eine Stellung als un- oder angelernte Arbeiter im produzierenden Gewerbe als sozialen Aufstieg. Schon in der zweiten Generation müssen bestimmte Erwartungen an die Positionsverbesserung in der Ankunftsgesellschaft erfüllt werden, was ganz andere Enttäuschbarkeiten mit sich bringt. Die langlebigen Gebrauchsgüter wie Autos, Einbauküchen und Flachbildschirme geben dafür den Maßstab ab. Aber in der dritten Generation generalisieren sich die Erwartungen und werden auf die Lebenschancen der Gleichaltrigen überhaupt bezogen. Es geht nicht mehr darum, wozu man es durch Migration gebracht hat, sondern darum, welche Nachteile man verglichen mit Heranwachsenden deutscher Herkunft durch seine nicht-deutsche Herkunft hinnehmen muss. Die Enkel denken nicht mehr daran, sich in dulddender Zurückhaltung zu üben. Das schafft ganz andere Motivationen, aber gleichzeitig auch ganz neue Frustrationen. Wem es dann nicht gelingt, Nachteile in Vorteile umzumünzen, der kann das Gefühl der Zurücksetzung nur durch Vorstellungen ganz anderer Art kompensieren, an denen er sich im Dienste der Selbstachtung wieder hochzieht. In ihrem Erfolg wie in ihrem Scheitern sehen sich die Enkel der „Gastarbeiter“ als Adressaten einer Stigmatisierung durch die Mehrheitsgesellschaft, der gegenüber sie sich durch ein „positives“ oder „negatives“ Anderssein glauben beweisen zu müssen.

Ausgleich durch soziale Differenzierung?

Ein letzter Punkt der Ernüchterung betrifft die andere Seite der gesellschaftlichen Differenzierung als Form der Aufspaltung und Umlenkung und Einordnung polarisierter Konfliktlagen. Wer bei der Arbeit klein begeben muss, kann beim Konsum groß rauskommen; wem die höhere Bildung fehlt, der kann sich ans Internet halten; wer bei anderen nicht ankommt, kann eine einsame Risikosportart betreiben. Frontale Widersprüche lösen sich in der Aspektstruktur der unterschiedlichen Funktionssysteme auf. Eine moderne Gesellschaft bietet im Prinzip immer andere Möglichkeiten, weil man nach dem Wort von Paul Watzlawick nicht *nicht* kommunizieren kann.

Der Wechsel zwischen den verschiedenen Bühnen und Bezügen funktioniert aber nur so lange, wie Zurücknahmen in der einen durch Ausspielungen in einer anderen Sphäre ausgeglichen werden können. Weil es nie um alles geht, kann immer wieder etwas Anderes zur Geltung gebracht werden. Hat jedoch der Ausschluss aus einem Subsystem Folgen für den Einschluss in ein anderes, dann nimmt, wie uns Niklas Luhmann vor Augen geführt hat,³³ das Dominospiel einer Exklusionskarriere seinen Lauf: Keine zertifizierte Ausbildung, keine reguläre Beschäftigung, keine gesunde Ernährung, kein ausreichendes Einkommen, keine dauerhaften Intimbeziehungen, keine elterliche Verantwortung, kein Zugang zu Rechtsberatung, keine ausreichende Rentenversorgung. Dann bedeutet soziale Differenzierung nicht Multiplikation von Chancen, sondern Anhäufung von Risiken.

³³ Niklas Luhmann, „Jenseits von Barbarei“, in: ders., *Gesellschaftsstruktur und Semantik*, Bd. 4, Frankfurt a. M. 1995, S. 138-150.

So komplettiert sich das Bild einer gespaltenen Gesellschaft, in der die Versuche, Spaltungstendenzen zu begegnen, neue Spaltungseffekte hervorrufen. Die gesellschaftlichen Modelle und Mechanismen der Koordination des Kapitalismus wie Wohlfahrtsstaat, Tarifverhandlungen, parteistaatliche Demokratie oder Bildungssystem werden den Desorganisationstendenzen in den gesellschaftlichen Lebenspraxen der materiellen Lebenssicherung, in der Erhaltung sozialer Privilegien und den symbolischen Gruppenabgrenzung nicht länger Herr.³⁴ Im Gegenteil: Gesteigerter politisch intendierter Koordination geht einher mit gesteigerter nichtintendierter gesellschaftlicher Desorganisation.

Irritationen der Mitte

Wenn auf diese Weise die „Staatsapparate“ (Nicos Poulantzas) der gesellschaftlichen Synthesis sich von den heteronomen Praxen der sozialen Lebensgestaltung entkoppeln, dann erschallt der Ruf nach der Bürgergesellschaft, die sich als verantwortlich für das erklären soll, wofür der Staat keine Verantwortung mehr übernehmen kann. Ein solidarisches „Assoziationsbürgertum“ soll darin die Führung gegenüber dem kritischen „Bildungsbürgertum“ und dem egoistischen „Wirtschaftsbürgertum“³⁵ übernehmen und die Probleme des sozialen Zusammenhalts da einer Lösung zuführen, wo sie entstehen. Etwas weniger begrifflich

³⁴ Wolfgang Streeck, *Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy*, Oxford/New York 2009 argumentiert mit dieser Unterscheidung von politischen Koordinationslogiken und gesellschaftlichen Desorganisationstendenzen.

³⁵ So die Differenzierung von Joachim Fischer, „In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? In der bürgerlichen!“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9-10, 2008.

soll man dabei wohl an die netten, toleranten, einigermaßen wohlhabenden und relativ geborgenen Leute in der Mitte unserer Gesellschaft denken, die Richard Rorty zufolge³⁶ die Garanten unserer Kultur der moralischen Empfindsamkeit bilden. Aber ist die Mitte tatsächlich der Ort der Bürgergesellschaft, die die Spaltung unserer Gesellschaft als Aufforderung begreift, sich um den sozialen Zusammenhalt zu kümmern?

Es ist bereits angeklungen, dass der Begriff der *Exklusion* auch und gerade auf Veränderungen in der Mitte der Gegenwartsgesellschaft reagiert, wo sich die Menschen ihres Rangs, ihrer Vorrechte und ihrer Anrechte nicht mehr so sicher sind. Die öffentliche Aufregung ist groß, aber die entsprechenden Daten sind unklar. In der Bundesrepublik sind nach Berechnungen vom Anfang 2008 im Vergleich der Jahre 2001 und 2008 zwar 75 Prozent der Personen mit mittlerem Einkommen wieder in dieser Einkommensschicht vertreten, aber 14 Prozent sind in diesem Zeitraum nach unten gerutscht und 11 Prozent haben den Sprung in die Gruppe der Einkommensstarken geschafft.³⁷ Die Zahlen belegen eine Bewegung, die sich freilich aufs Ganze gesehen nicht so dramatisch ausnimmt. Etwas anders sieht es aus, wenn man Haushalts- und Lebensgemeinschaftstypentypen in den Blick nimmt. Dann zeigt sich, dass die Alleinerziehenden innerhalb der nach Einkommen definierten Mittelschicht die einzige Kategorie darstellen, die relativ wie absolut an Be-

³⁶ Richard Rorty, „Menschenrechte, Vernunft und Empfindsamkeit“, in: Transit, Heft 7, 1994, S. 102-121.

³⁷ Markus M. Grabka und Joachim R. Frick, „Schrumpfende Mittelschicht. Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?“, in: DIW Wochenbericht vom 5. März 2008, S. 101-108.

deutung gewonnen hat. In den zehn Jahren zwischen 1996 und 2006 ist ihre Anzahl um 400.000 Personen gestiegen. Das ist deshalb ein aufschlussreicher Befund, weil demnach Trennung (und nicht Arbeitslosigkeit) nach wie vor das größte Armutsrisiko in Deutschland darstellt. Das wird auch durch den Tatbestand unterstrichen, dass 2006 Alleinlebende und Paare ohne Kinder häufiger in den Extrempositionen vertreten waren als 1996: Die einen häufiger in der armutsgefährdeten Schicht, die anderen häufiger unten den Einkommensstarken.

Die Verunsicherung und Verstörung der Mittelschichten hängt jedoch mehr mit Veränderungen der sozialmoralischen Bezüge zusammen als mit Verschiebungen der sozioökonomischen Ressourcen. So hat die Mitte 2006 veröffentlichte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über Einstellungen in der „Gesellschaft im Reformprozess“³⁸ den Auftritt der „Leistungsindividualisten“ in der gesellschaftlichen Mitte ausgemacht. Das ist eine Gruppe, die insgesamt doch 11 Prozent der Befragten ausmacht, von denen man deutlich mehr in Ost- (nämlich 15 Prozent) als in Westdeutschland (lediglich 10 Prozent) findet. Die lieben den Markt, hassen den Staat und glauben, dass jeder seines Glückes Schmied ist. Zwar machen die „Etablierten Leistungsträger“ in der Mitte immer noch 15 Prozent aus (17 Prozent davon im Westen und 7 Prozent im Osten), aber sowohl das „Engagierte Bürgertum“ als auch die „Kritische Bildungselite“ bleiben mit 10 Prozent (davon 11 im Westen und 6 Prozent im Osten) bzw. 9 Prozent (9 im Westen und 8 Prozent im Osten) knapp hinter den Protagonisten

³⁸ Zusammengefasst von Gero Neubauer, Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2006.

einer liberalen Aufmischung der Verhältnisse zurück. Merkmal des neuen dynamischen Typus ist ein aggressives Selbstvertrauen, das alle diejenigen verachtet, die auf die Hilfe anderer angewiesen sind. Man sieht den Staatsapparat in den Händen von Beutepolitikern, die die Leistungsträger um den Lohn ihrer Anstrengung bringen, und erblickt in Parteien und Gewerkschaften eine Koalition von Funktionären, das das Volk betrügen und von der Wirtschaft keine Ahnung haben. Die Zwangssolidarität des Wohlfahrtsstaats lehnt man ab und zelebriert stattdessen lieber die eigene Wohltätigkeit in einer von Prominenzauftritten lebenden „Charity“-Industrie.

Dem entspricht ein aus der Mitte der „Arbeitnehmergesellschaft“³⁹ kommender Wechsel in den sozialmoralischen Orientierungen. Charakteristisch dafür ist die Bewegung weg von der einst dominanten Abgrenzung nach oben hin zu einer wachsenden Abgrenzung nach unten. Das Initialereignis dafür war der 2007 und 2008 sich hinstreckende Streik der Lokomotivführer, die als die für ihre Lohnforderungen ausschlaggebende Vergleichsgruppe nicht ihre Mitarbeiter aus der Welt der Eisenbahner, sondern die Flugkapitäne gewählt hatten. Wer es sich leisten kann, sucht nicht mehr Solidarität in der Gleichheit, sondern Vorteile durch Ungleichheit.

Ein drittes Moment der Irritation in der gesellschaftlichen Mitte besteht in einer neuen Art der Auslese im Kampf um Erwerbs- und Statuschancen, die Robert H. Frank und Philipp Cook in den Überhand nehmenden „Winner-take-all“-Märkten erkannt

³⁹ Zu dieser Formel von M. Rainer Lepsius siehe Heinz Bude, „Was kommt nach der Arbeitnehmergesellschaft?“, in: Ulrich Beck (Hrsg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt a. M. 2000, S. 121-134.

haben.⁴⁰ Minimale Differenzen in der Performanz zahlen sich in maximalen Differenzen des Erfolgs aus. Beim Ranking der besten Rechtsanwaltskanzleien, Architekturbüros und Gynäkologiepraxen gewinnen die Top-Performer spektakulär und nehmen als Sieger alles mit. Das gilt mittlerweile sogar für Kindergärten, Gymnasien und Universitäten. Die Gruppen mit mittleren Ergebnissen kommen kaum voran und die in der Gruppe der Abgeschlagenen müssen ums Überleben bangen.

Exklusion und politische Willensbildung

Wo bleiben in den so zwischen den widerstreitenden Bewegungen der hartherzigen Selbstdurchsetzung und der ängstlichen Verlustvermeidung aufgeriebenen Mittelschichten die netten, toleranten und geborgenen Leute, die es sich leisten können, sich um Andere zu kümmern, die schwach geworden, von unten nicht weggekommen und hinter den sozialen Wandel zurückgefallen sind? Die von sozialen Spaltungen heimgesuchten Gesellschaften der Nachkriegszeit, die im Abschied von der Utopie und in der wiedergefundenen Mitte⁴¹ ihre elastische Ordnung gefunden hatten, sind auf der Suche nach „Ausdrucksgestalten“ ihrer Furcht wie ihrer Hoffnung. Dabei verschwinden, wie der italienische Fall lehrt, etablierte Volksparteien und treten, wie der uns Deutschen womöglich näher liegende niederländische Fall demonstriert, demagogische Führungsgestalten auf die politische Bühne. Man

⁴⁰ Robert H. Frank und Philipp Cook, *The Winner-Take-All-Society. Why the few at the top get so much more than the rest of us*, New York 1996.

⁴¹ So für den bundesrepublikanischen Fall Paul Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*, München 2000.

könnte glauben, dass mit der größten und tiefsten Wirtschaftskrise nach 1945 die Zeit vorbei ist, in der, wie Jared Diamond über die Logik des Kollapses von ganzen Gesellschaften geschrieben hat⁴², sich eine führende Elite sicher gefühlt hat: deshalb, weil sie sehr konzentriert und in überschaubarer Zahl auftrat, durch die Aussicht auf schnelle Profite hoch motiviert war und sich damit beruhigte, dass sie die Verluste ohne große Gegenwehr und ohne schlechtes Gewissen auf die Mehrheit der Bevölkerung verteilen konnte. Wenn heute Ernst-Wolfgang Böckenförde in seiner Antwort auf die Frage, woran der Kapitalismus krankt, nicht weniger als die „Umkehrung des Ausgangspunktes“ fordert,⁴³ dann ist alles andere als klar, auf welche Strömung in der Bürgergesellschaft er sich dabei berufen kann. Böckenförde setzt auf eine handlungs- und entscheidungsfähige Staatsgewalt, die hinausgeht über eine bloße Gewährleistungsfunktion für die Erhaltung des Wirtschaftssystems und ein Ausmitteln des Parallelogramms der Kräfte. Wer allerdings durch Begrenzung, Zielausrichtung und Zurückweisung wirtschaftlichen Machtstrebens in diesem Staat die Gemeinwohlverantwortung übernimmt, bleibt offen.

Solange beunruhigt das Problem der sozialen Exklusion den politischen Willensbildungsprozess. Von Jacques Rancière stammt die Formel vom Anteil der Anteillosen, die das Problem der Exklusion immer wieder ins Zentrum des politischen Streits rückt. Für Rancière beginnt die politische Frage damit, dass der Souverän sich nicht damit begnügt, den gerechten Anteil der

⁴² Jared Diamond, Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen, Frankfurt a. M. 2005, S. 527.

⁴³ Ernst-Wolfgang Böckenförde, „Woran der Kapitalismus krankt“, Süddeutsche Zeitung vom 24. April 2009, S. 8.

Gruppen und Individuen nach einem Algorithmus der Leistung zu bemessen, sondern dass er für jene Verantwortung übernimmt, die es aufgegeben haben, sich selbst zu verantworten. „Die politische Tätigkeit ist jene, die einen Körper von dem Ort entfernt, der ihm zugeordnet war oder die die Bestimmung eines Ortes ändert; sie lässt sehen, was keinen Ort hatte, gesehen zu werden, lässt eine Rede hören, die nur als Lärm gehört wurde.“⁴⁴

⁴⁴ Jacques Rancière, *Das Unvernehmen: Politik und Philosophie*, Frankfurt a. M. 2002, S. 41 (französisch zuerst 1995).

Die Architektur der Bildungsentscheidungen: ein Ausblick

von David Deißner

„Sage mir, woher Du kommst, und ich sage Dir, was aus Dir wird.“ Bei aller defätistischen Verkürzung der sozialen Wirklichkeit und ihrer Entfaltungsspielräume beschreibt diese Formel – statistisch betrachtet – durchaus treffend das Problem der deutschen Bildungswelt: Wie in keinem anderen Industriestaat werden hierzulande die Erfolgsaussichten der Bildungsbiografie durch die soziale Herkunft geprägt. Nach den soziologischen Debatten der 60er- und 70er-Jahre ist dieser Umstand mit der Veröffentlichung der PISA-Untersuchung im Jahr 2001 gleichsam schockartig ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Die Bildungssoziologie fasst die Situation so zusammen: Insgesamt brachte die Bildungsexpansion seit den 50er-Jahren „einen Zuwachs an Bildungschancen für alle Sozialgruppen, aber keinen umfassenden Abbau der sozialen Ungleichheit.“¹ Mit anderen Worten: Es gibt zwar mehr Bildung für viele, zugleich aber noch viel zu wenig Bildung für einige. Obwohl die internationalen

¹ Rolf Becker und Wolfgang Lauterbach (Hrsg.), *Bildung als Privileg*, Wiesbaden 2008.

Vergleichsstudien ihr politisches Erregungspotential inzwischen vollends entfaltet haben und obwohl im Bildungssystem eine erstaunliche Aufbruchsstimmung um sich greift, die nicht selten in innovationsversessene „Projektitis“ auszuarten droht, sind die sogenannten „sozialen Gradienten“ seither nur in zwei Bundesländern, namentlich Bayern und Rheinland-Pfalz, leicht gesunken. Insgesamt bleibt das Problem sozialer Herkunftseffekte auch in der „Bildungsrepublik“ Deutschland virulent. Laut Pisa 2006 schwankt der Anteil der Gymnasiasten aus Familien der „oberen Dienstklasse“, d.h. in der Regel Akademikerfamilien, zwischen 47 Prozent in Bayern und 63 Prozent in Brandenburg. Hingegen besuchen in der Gruppe der Fünfzehnjährigen aus Familien von un- und angelernten Arbeitern nur zwischen 8 Prozent (Bayern) und 20 Prozent (Thüringen und Sachsen-Anhalt) ein Gymnasium.

Nun werden soziale Bildungsungleichheiten für sich genommen noch nicht als Problem wahrgenommen, jedenfalls nicht, solange das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit gewahrt bleibt. Die Ungleichheit des Bildungserfolgs wird erst dann zum moralischen Streitfall, wenn die *Zugangsmöglichkeiten* zu Bildung als gesellschaftlich relevantem Gut ungleich verteilt sind, wenn sich also die lebensweltlichen Chancen auf den Erwerb von Bildungszertifikaten nicht als Folge individueller Anstrengungen und Begabungen, sondern aus der sozialen Schichtzugehörigkeit ergeben. Zwar beeinflusst in der Tat die Herkunft das Leistungsniveau der Schüler – was wiederum mit tradierter Lern- und Lesekultur sowie anderen kulturellen Kapitalgrößen zusammenhängt –, aber auch bei vergleichbaren Kompetenzen fallen die Übergangsentscheidungen nach der Grundschule je nach sozialer Schichtzugehörigkeit höchst unterschiedlich aus. Eine unlängst vom Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung

und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung vorgelegte Studie² ergab, dass 17 Prozent der Schüler in Deutschland einen Schultyp unterhalb ihres eigentlichen Leistungsniveaus besuchen. Dieses „Underachievement“ lässt sich in erster Linie bei Kindern von Nicht-Akademikern nachweisen. Für diese Gruppe ist das Risiko, auf einer Schulform unter ihren Möglichkeiten zu landen, rund zweieinhalb Mal so hoch wie für Kinder aus Akademikeraushalten. Einige der im Rahmen der Studie getesteten Hauptschüler hätten hinsichtlich ihrer kognitiven Fähigkeiten auch das Gymnasium besuchen können. Intelligenz und gute Noten helfen also nicht unbedingt weiter.

„Das Glück des individuellen Talents kreuzt sich nach wie vor mit dem Pech der sozialen Herkunft“, schreibt Heinz Bude in seinem Buch „Die Ausgeschlossenen – Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft“.³ Die Gefahr, dass ein junger Mensch als einer eben jener „Ausgeschlossenen“ endet, als Minijobber und Transferleistungsempfänger, als einer jener Millionen Menschen, die allen Mut, alle Perspektiven und schließlich alle Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation verlieren, steigt gefährlich an, wenn ihm in der Kindheit herkunftsbedingt der optimale Zugang zu Bildung verwehrt bleibt. Denn Bildungsentscheidungen wirken kumulativ. Scheinbar marginale Niveauunterschiede zu Beginn der Bildungsbiografie können sich zu Ungleichheiten auswachsen, die – gesamtgesellschaftlich betrachtet – stabilitäts-

2 Johannes Uhlig, Heike Solga, Jürgen Schupp: „Ungleiche Bildungschancen: Welche Rolle spielen Underachievement und Persönlichkeitsstruktur“, erscheint im Oktober 2009 in der Zeitschrift für Soziologie.

3 Heinz Bude, Die Ausgeschlossenen – Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München 2008.

gefährdend wirken. Dies ist umso mehr der Fall, als der globalisierte Arbeitsmarkt immer weniger gesicherte Beschäftigung für Geringqualifizierte bereit stellt. Je mehr sich der Markt auf Dienstleistung und hochqualifizierte Facharbeit konzentriert, desto schwerwiegender das Problem ungleicher Bildungschancen. Insofern kann die Erfolgsgeschichte der Bildungsexpansion kaum beruhigen. Zwar hat die Bildungsbeteiligung aller Sozialschichten seit den 50er-Jahren stetig zugenommen, die Schulen sind insgesamt durchlässiger und das Gymnasium sozial heterogener geworden. Zugleich aber haben sich die Folgewirkungen von Bildungsentscheidungen dramatisch verändert. Die Relevanz von Bildungszertifikaten für das berufliche Fortkommen hat ganz offensichtlich zugenommen. Die wachsende Distanz zwischen den Einkommens- und Vermögensverhältnissen korreliert mit einer wachsenden Distanz zwischen den Bildungsabschlüssen – mitsamt ihrer Folgewirkung auf die soziale Verortung. Die Ungleichheit in der Bildung, die Max Weber schon in den Zwanzigerjahren des letzten Jahrhunderts als den „wichtigsten eigentlich ständebildenden Unterschied“ bezeichnete, stellt aber selbstverständlich nicht nur ein ethisches, sondern auch ein volkswirtschaftliches Problem dar. Eine Gesellschaft, die Ungleichheit nicht mehr durch Umverteilung aufzufangen vermag, kann es sich nicht leisten, Talente zu verschenken.

Angesichts der Dringlichkeit des Problems muss es erstaunen, dass sich die bildungspolitische Debatte, kommt die Rede auf Bildungsgerechtigkeit, geradezu reflexartig auf die Frage der Schulstruktur reduziert. Zugegeben: Die Schulstruktur spielt bei der Reproduktion von Bildungsungleichheiten eine wesentliche Rolle. Denn geht man mit der empirischen Bildungsforschung davon aus, dass nicht nur die schulische Leistung, sondern vor

allem das Entscheidungsverhalten der Eltern den Verlauf der Bildungsbiografie bestimmt, dann muss freilich zunächst die Frage gestellt werden, welche Entscheidungsspielräume durch die institutionellen Rahmenbedingungen überhaupt eröffnet werden. Die in Deutschland vergleichsweise früh abgeforderte Bildungsentscheidung nach der vierten Klasse wird immer wieder als *der* Erklärungsfaktor sozialer Bildungsungleichheit ins Spiel gebracht. Offenbar, weil sich über diesen Faktor als einen Gegenstand unmittelbarer politischer Gestaltung komfortabel streiten lässt. Dabei entsteht im politischen Diskurs jedoch das verzerrte Bild eines monokausalen Zusammenhangs, nach dem Motto: Je länger die Grundschulzeit, desto geringer die Bildungsungleichheit. Dabei wird unterschlagen, dass die Forschung hinsichtlich der Ursachenbestimmung von Bildungsungleichheit bisher wenige empirisch gesicherte Erkenntnisse hervorgebracht hat. Die Relevanz des Schulsystems für den Erhalt sozialer Immobilität ist nicht eindeutig bestimmt. Als sicher gilt indes, dass das „beobachtete Bildungsverhalten keine einfache Funktion des Bildungsangebots, sondern Ausdruck von Entscheidungen ist, die wiederum von einer Vielzahl anderer Faktoren beeinflusst sein können“.⁴ Bisher jedoch wurden die wissenschaftlichen Erkenntnisse über das schichtspezifische *Entscheidungsverhalten* kaum in politische Handlungsempfehlungen übersetzt. Vielmehr scheint es, als hätten die ideologisch verengten Streitigkeiten um die Mehrgliedrigkeit des *Systems*, den Zeitpunkt des Schulübergangs und die Zukunft der Hauptschule den Blick auf andere innovative

⁴ Vgl. hier und im Folgenden Steffen Hillmert: „Soziale Ungleichheit im Bildungsweg: Zum Verhältnis von Bildungsinstitutionen und Entscheidungen“, in: Becker und Lauterbach 2008, S. 75-102.

und potentiell flächentaugliche Ansätze zur Förderung der Bildungsgerechtigkeit verstellt. Mit einer Änderung der Schulstruktur, etwa einer verlängerten Grundschulzeit, sind die Probleme jedenfalls noch nicht gelöst.

Erklärungsansätze, welche bei der Ursachenbestimmung sozialer Bildungsungleichheit auf die Schulstruktur abstellen, werfen darüber hinaus eine Reihe grundsätzlicher methodischer Probleme auf. Meist operieren sie mit internationalen Vergleichen nur weniger Schulsysteme und identifizieren eine vermeintliche „Best Practice“. Ob indes ein mehr oder weniger an Bildungsungleichheit ausgerechnet dem Schulsystem eines Landes oder anderen sozialen, ökonomischen oder kulturellen Gegebenheiten geschuldet ist, lässt sich angesichts geringer Fallzahlen statistisch kaum nachweisen.

Zudem scheint für die Befürworter institutioneller Erleichterung bzw. Flexibilisierung ausgemacht, dass ein weniger strukturell invasives System, also eines, das den Eltern weniger Entscheidungen abnötigt, dazu beitragen würden, dass sich die Akteure in ihrem Entscheidungsverhalten über die sozialen Klassengrenzen hinweg einander annähern. Die Annahme, dass die in den sozialen Lagen derart unterschiedlichen Entscheidungsmuster durch die institutionellen Rahmenbedingungen gleichsam *determiniert* werden und ohne den „Zwangscharakter von Institutionen“ gleichartiger ausfallen würden, ist freilich mehr als problematisch. Die prägende Wirkung der eigenen finanziellen und kulturellen Ressourcen und die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Präferenzen bleiben auch bei veränderten institutionellen Bedingungen erhalten. Hier walten komplexe soziopsychologische Prozesse, die sich durch legislative Handstreich nicht von heute auf morgen korrigieren lassen.

Dennoch gibt es Raum für kreative politische Ansätze. Angesichts der bereits über viele Jahrzehnte geführten und insgesamt wenig fruchtbaren Debatte über die Um- und Neugestaltung der Schulstruktur scheint die Frage berechtigt, inwiefern sich – jenseits der großen Systemfrage – die Bedingungen individueller Bildungsentscheidungen im Sinne sozialer Aufstiegsmobilität verbessern lassen. Hier gilt es, auch die scheinbaren Nebenschauplätze in den Blick zu nehmen, die motivierende Ansprache „bildungsferner“ Eltern und vor allem ihre Beteiligung an der schulischen Entwicklung ihrer Kinder.

Entscheidungen – auch Bildungsentscheidungen – verändern sich je nach Präsentation der vorliegenden Optionen und Erfahrungen, sie variieren je nach Informationsstand und erwartetem Erfolg. Es sind vor allem diese Kosten-Nutzen-Abwägungen vor einer anstehenden Bildungsinvestition, die in einem Facharbeiterhaushalt anders ausfallen als in einer Akademikerfamilie. Entscheidend ist das *Wissen* über die zur Auswahl stehenden Möglichkeiten und über die konkreten Konsequenzen einer Bildungsentscheidung. Nicht alle Eltern haben realistische Vorstellungen vom Verlauf einer Bildungsbiografie, von Zugangsbedingungen höherer Bildungsmaßnahmen und dem zu erwartenden „Return on Investment“. Besonders dann, wenn Eltern aus eigener Erfahrung wenig oder gar nichts über die Filterstufen des Bildungssystems wissen und auch nicht über die notwendigen Ressourcen verfügen, sich die notwendigen Informationen zu beschaffen, bleiben Akademikerkinder im Vorteil. Ein Schulsystem, das bildungsferne Eltern durch klassische Eltern- und Informationsabende kaum erreicht, das die Bedeutung des Bildungsübergangs nach der Grundschule ganz offenbar nicht allen Eltern gleichermaßen verständlich zu machen vermag und das nicht

selten auf „Amtsdeutsch“ kommuniziert, hat hier erheblichen Nachholbedarf.

Als bildungspolitische Denkfabrik will die Vodafone Stiftung künftig genau hier ansetzen: Sie bringt Bildungsforscher, Politiker, Experten aus Schul- und Kultusverwaltung sowie Praktiker aus Schule und Elternarbeit ins Gespräch, um Instrumente zu entwickeln, die Eltern „fit“ für Entscheidungen machen und Lehrer für die Wahrnehmung sozialer Unterschiede sensibilisieren und bei der Schulempfehlung unterstützen. Denn auch die Lehrer tragen unbewusst durch hergebrachte Wahrnehmungsmuster bei der Kompetenzbewertung dazu bei, dass sich soziale Ungleichheiten vererben.

Wenn es die „Bildungsrepublik“ mit der chancengerechten Bildung ernst meint, wenn unentdeckte Talente künftig öfter geborgen werden sollen, dann muss die Architektur der Entscheidungen sowie die Entscheidungskompetenz der Akteure ganzheitlich in den Blick genommen werden. Vor allem wird es darauf ankommen, benachteiligte Familien zielgenau anzusprechen und frühzeitig auf Bildungsübergänge vorzubereiten. Hierzu bedarf es innovativer Formate, einer Informationsvermittlung neuen Typs und gezielter vertrauensbildender Maßnahmen zwischen Schule und Elternhaus. Die Botschaft dabei müsste lauten: „Wo auch immer Du herkommst – ich sage Dir, was alles aus Dir werden kann!“

Dr. David Deißner ist Projektleiter für Bildung und Bildungsforschung bei der Vodafone Stiftung.

Über die Autoren

Armin Laschet

Armin Laschet wurde 1961 in Aachen geboren. Dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München und Bonn und dem 1. Juristischen Staatsexamen vor dem Oberlandesgericht Köln folgte eine Ausbildung zum Journalisten. Nach freier journalistischer Tätigkeit für bayerische Rundfunksender und das Bayerische Fernsehen war er Wissenschaftlicher Berater der Präsidentin des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Rita Süßmuth, und Chefredakteur, Geschäftsführer und Verlagsleiter der Einhard-Verlags GmbH. Von 1994–1998 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1999–2005 Mitglied des Europäischen Parlaments. Seit 2005 ist er Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Seit 2008 ist er Mitglied im Bundesvorstand der CDU Deutschlands.

Prof. Dr. Hans-Ulrich Wehler

Prof. Dr. Hans-Ulrich Wehler, geboren 1931 in Freudenberg im Siegerland, studierte von 1952 bis 1959 Geschichte, Soziologie und Wirtschaftswissenschaft an den Universitäten Köln, Bonn und Athens (Ohio). 1960 promovierte er an der Universität Köln bei Theodor Schieder, 1968 folgte die Habilitation. Von 1970 bis 1971 war er Professor für amerikanische Geschichte am Kennedy-Institut der Freien Universität in Berlin, danach, bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1996, Professor für Allgemeine Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Bielefeld. Hans-Ulrich Wehler erhielt Gastprofessuren an der Harvard University (1972, 1989), an der Princeton University (1976), an der Stanford University (1983/84, 2004), an der Universität Bern (1987/88) sowie an der Yale University (1997). 2002 erhielt er den Deutschen Rhetorik-Preis, 2003 den Großen Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen und 2004 die Helmholtz-Medaille der Berliner Akademie. 2008 erschien der letzte Band seines fünfbandigen Werkes „Deutsche Gesellschaftsgeschichte“. Letzte Buchveröffentlichungen: *Konflikte zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Essays*, 2003; „Eine lebhaftige Kampfsituation“. *Ein Gespräch mit Manfred Hettling und Cornelius Torp*. München 2006; *Notizen zur Deutschen Geschichte: Essays*, 2007.

Prof. Dr. Dr. h.c. Stefan Hradil

Prof. Dr. Dr. h.c. Stefan Hradil wurde 1946 in Frankenthal (Pfalz) geboren. Er studierte 1969 bis 1974 Soziologie, Politikwissenschaft und slawische Philologie an der Universität München. Dort promovierte er 1979 und habilitierte 1985. 1990–1991 war er Professor für Soziologie an der Universität Bamberg. Seit 1991 ist er Professor für Soziologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. 1994 verlieh ihm die Universität für Wirtschaftswissenschaften Budapest den Titel Dr. h.c. sc.oec. 1995–1998 war er Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Seit 2001 ist er Vorstandsvorsitzender der Schader-Stiftung *Sozialwissenschaften und Praxis*. Seine letzten Buchveröffentlichungen: *Soziale Ungleichheit in Deutschland*, 8. Aufl. 2001; *Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich*, 2. Aufl. 2006.

Prof. Dr. phil. Heinz Bude

Prof. Dr. phil. Heinz Bude wurde 1954 in Wuppertal geboren. Er studierte Soziologie, Philosophie und Psychologie an der Universität Tübingen und an der Freien Universität Berlin. 1978 legte er sein Diplom in Soziologie ab und war anschließend bis 1983 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Psychologischen Institut der Freien Universität Berlin, danach Projektmitarbeiter sowie Habilitationsstipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Daneben war er als selbständiger Sozialforscher tätig. 1986 wurde er mit einer Dissertation zur Wirkungsgeschichte der Flakhelfer-Generation zum Dr. phil. promoviert. Er habilitierte 1994 mit einer Schrift zur Herkunftsgeschichte der 68er-Generation. Seit 1992 ist er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung und dort seit 1997 Leiter des Bereichs „Die Gesellschaft der Bundesrepublik“. Er übernahm Lehrstuhlvertretungen an der Freien Universität Berlin und an der Viadrina in Frankfurt/Oder und war 1996 Visiting Scholar am Center for European Studies der Cornell University. Seit 2000 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Makrosoziologie an der Universität Kassel. Im Oktober 2006 war er lokaler Veranstalter für den 33. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, „Die Natur der Gesellschaft“.

Über die Vodafone Stiftung

Erkennen. Fördern. Bewegen.

Die Vodafone Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland und Mitglied einer weltweiten Stiftungsfamilie. Als eigenständige gemeinnützige Institution fördert und initiiert sie Projekte insbesondere mit Bildungsbezug. Ziel ist es, Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt zu geben, die Entwicklungen einer aktiven Bürgergesellschaft zu unterstützen und gesellschaftspolitische Verantwortung zu übernehmen. Dabei geht es der Stiftung vor allem darum, benachteiligten Kindern und Jugendlichen sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Das Förderprofil der Stiftung steht unter dem Leitmotiv: „Erkennen. Fördern. Bewegen.“

Impressum

Herausgeber:

Vodafone Stiftung Deutschland
gemeinnützige GmbH
Am Seestern 1
40547 Düsseldorf
www.vodafone-stiftung.de

Verantwortlich:

Dr. Mark Speich

Redaktionelle Leitung:

Dr. David Deißner

Koordination:

Danyal Alaybeyoglu

Lektorat:

Dr. Constanze Huther

Gestaltung:

trafodesign GmbH, Düsseldorf

Druck:

Druckstudio GmbH, Düsseldorf

**Mix**

Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten
Wäldern und anderen kontrollierten Herkünften

www.fsc.org Zert.-Nr. GFA - COC
© 1996 Forest Stewardship Council



Vodafone
Stiftung
Deutschland

ISBN 978-3-9813230-0-9